

Der wesentliche Punkt ist allerdings folgender – und deshalb spreche ich von Rechtsbruch –: Wenn in diesem Papier klar von Wählerzielgruppen die Rede ist – ich habe Ihnen die Zitate heute nochmals vorgetragen; Sie waren gestern ja nicht die ganze Zeit anwesend; insofern haben Sie es vielleicht nicht mitbekommen –, dann können wir hier erwarten, dass der Ministerpräsident sich von diesen Äußerungen distanziert, was er bisher aber nicht getan hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Denn das ist ein Rechtsbruch. Hier geht es um den Grundsatz der Gewaltenteilung in diesem Staat. Es geht darum, dass Parteiinteressen nicht mit Regierungsinteressen und den Interessen dieses Landes vermengt werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein bisschen kamen Sie mir heute vor wie im Kindergarten.

(Zurufe von der CDU: Ja, natürlich!)

Sie haben keine Antwort, wenn man Ihnen sagt: Du hast doch das und das gemacht. – Statt eine Antwort zu geben, sagen Sie dann: Aber du hast damals das und das gemacht. Da war doch der Kindsmüller-Fall. – Meine Damen und Herren, Sie können die Protokolle gerne noch einmal nachlesen. Ich habe das getan. Lesen Sie das einmal in den Protokollen nach.

(Zuruf von der CDU: Damals war das ein Skandal, aber jetzt nicht!)

Es gibt einen entscheidenden Unterschied: Wir haben die notwendigen Schlüsse aus dem entsprechenden Papier gezogen, und Herr Kindsmüller hat seinen Posten verlassen müssen. Ich frage Sie nun noch: Welche Konsequenzen ziehen Sie aus diesem Papier?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Stahl für die Fraktion der CDU das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Helmut Stahl (CDU): Frau Kraft, als Vorsitzender der stärksten Fraktion in diesem Saal kann ich Ihnen natürlich nicht das letzte Wort überlassen – insbesondere nicht mit einem solchen Abgang, wie Sie ihn hier versucht haben.

Ich habe vorhin dem Kollegen Kuschke zugerufen, dass ich an seiner Stelle heute Morgen nicht

ans Pult gegangen wäre. Ich wäre rot geworden, Herr Kuschke. Ich hätte mich geschämt, richtig geschämt.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Er ist rot, Herr Stahl!)

Ich habe eine sehr gute Erinnerung daran, dass ich vor zwei Jahren, vom Dezember 2003 bis in den März 2004 hinein, zusammen mit der Kollegin Thomann-Stahl, die damals noch im Landtag war, Herrn Breuer und anderen hier stand und Sie gejagt habe. Das war zugegebenermaßen nicht bequem für Sie. Es hatte aber einen Grund. Der Grund bestand darin, dass Sie Partei- und Staatsinteressen in eins gesetzt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, wenn Sie der Regierung vorwerfen, Partei- und Staatsinteressen in eins zu setzen, dann sollten Sie sich schämen; denn Sie haben genau das getan.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie sagen, daraus seien Schlussfolgerungen gezogen worden. Das haben Sie eben nicht getan. Schlussfolgerungen haben die Wählerinnen und Wähler am 22. Mai gezogen. Man hat Sie abgewählt. Das ist gut so, und wir gehen mutig, stolz und tatkräftig in die Zukunft.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD – Rainer Schmelzter [SPD]: Was war das denn für ein Auftritt? – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ablenkungsvortrag!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Zum jetzigen Zeitpunkt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schaue aber noch einmal in die Runde. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aktuelle Stunde, meine Damen und Herren.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3 **Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz – LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeinde-**

finanzierungsgesetz – GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Solidarbeitragsgesetz – SBG 2004/2005) und zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzgesetz – EFG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/300 und 14/800

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/900

zweite Lesung

dritte Lesung

Ich weise außerdem auf den **Entschließungsantrag Drucksache 14/918** hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Kollegen Volkmar Klein für die Fraktion der CDU das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

„Trotz des großen Anteils an gebundenen Ausgaben im Haushalt halten wir an unserem finanzpolitischen Kurs fest. Wir wollen bis zum Jahr 2005 die Nettoneuverschuldung auf unter 2,5 Milliarden € senken. Das sind, wie in der Koalitionsvereinbarung verabredet, 5 Milliarden DM.“

Das war verbunden mit dem Hinweis, das erfolge „natürlich unter Einbeziehung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs“.

Ich vermute, Sie ahnen es schon. Diese Aussage entstammt der Rede des früheren Finanzministers Peer Steinbrück vom 5. September 2001 zur Einbringung des Haushalts 2002.

Bei näherer Betrachtung erweist sich dieses Zitat als gleich dreifach äußerst aufschlussreich.

Wenn Herr Steinbrück von einer Senkung der Nettoneuverschuldung auf 2,5 Milliarden € bis zum Jahr 2005 spricht, dann kann man wohl nur zu dem Ergebnis kommen, dass rückblickend betrachtet alles nur Show und Ankündigung war. Ankündigungsminister! Mit den rot-grünen Finanzministern ist es fast so wie mit jemandem,

der Alpengipfel erstürmen will, dann aber schon bei den allerersten Hügeln des Siebengebirges vor der eigenen Haustür in Bonn schlapp macht.

Die Nettoneuverschuldung war bereits im ersten Nachtrag des Jahres 2005 von Rot-Grün fast doppelt so hoch wie von Steinbrück prognostiziert. 5,3 Milliarden € waren angesetzt, aber so geschätzt, dass es passte. Jetzt haben wir Transparenz geschaffen und die richtigen Zahlen auf den Tisch gelegt. Wir haben festgestellt, dass die von Rot-Grün zu verantwortende Nettoneuverschuldung im Jahr 2005 richtig betrachtet 7,4 Milliarden € ausmacht und damit genau dreimal so hoch liegt wie damals von Herrn Steinbrück für dieses Jahr angekündigt.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben bewiesen, dass Sie nicht in der Lage waren, die finanziellen Geschicke dieses Landes zu steuern. Diese Schulden sind Ihre bittere Schlussbilanz, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie es noch einmal!)

– Ich kann es noch einmal wiederholen: Diese 111 Milliarden € sind nicht Ihre persönliche, aber die Schlussbilanz der alten rot-grünen Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich mit einem mindestens genauso interessanten Punkt aus dem Zitat von Herrn Steinbrück, fortfahren. Ich darf noch einmal wiederholen. Er erklärte Ende 2001 bei der Einbringung des Haushalts 2002, dass er die finanzielle Situation des BLB in die Rechnung mit einbeziehen wollte, was die Neuverschuldung angeht.

Liebe Frau Kraft, liebe Frau Walsken, wenn ich dann Ihre Bemerkungen der letzten Zeit anschau, dann tun sich aber himmelweite Unterschiede zu Ihrem früheren Finanzminister und Ministerpräsidenten auf. Frau Kraft, ich darf Sie an Ihre Pressemitteilung vom 20. September erinnern. Sie schrieben: weder der BLB noch die BVG des Landes brauche diese Milliardenpritze.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau richtig!)

Hier geht es aber nicht um ein Rechtsseminar, ob das rechtlich erforderlich ist. Es geht um die richtige Zuordnung.

(Gisela Walsken [SPD]: Es geht um Betriebswirtschaft!)

Das ist eine Schuldenposition, die der Vergangenheit zuzuordnen ist. Wenn Sie das leugnen,

dann heißt das letztendlich, dass Sie die Schulden dieses Landes leugnen. Das ist eine Sauerei.

Auch Frau Walsken hat dem früheren Finanzminister offensichtlich nicht ganz so genau zugehört. Sie hat es in verschiedenen Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses noch einmal unterstrichen und auf den BLB bezogen gesagt:

Ich verstehe nicht, dass die Schulden dieses handelsrechtlich wirtschaftenden Betriebes mit einer entsprechenden von ihm veröffentlichten Bilanz den Steuerzahler drücken.

Hierauf möchte ich gerne antworten: Doch, liebe Frau Walsken, diese Schulden drücken den Steuerzahler und haben ihn immer gedrückt. Wenn jemand sagt, dass er das nicht versteht, dann mag das im Einzelfall ehrlich sein. Es ist aber keine Wirklichkeitsbeschreibung.

Wir machen mit diesem zweiten Nachtragshaushaltsplan klar, woher der Schmerz kommt, wo die Schulden unseres Landes entstanden sind und wohin sie gehören. Sie gehören in den Landeshaushalt.

Die Koalition der Erneuerung schafft durch die im zweiten Nachtrag vorgenommene Entschuldung des BLB, also durch die damit einhergehende Schuldenübernahme in den Landeshaushalt, die Transparenz, die Steinbrück angekündigt, aber niemals geschaffen hat. Das ist etwas, was uns im Übrigen auch von unabhängiger Stelle bescheinigt wurde. So erklärte der Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zu dieser Frage: „Das Vorgehen ist richtig“. – Kurz und knapp noch einmal: „Das Vorgehen ist richtig“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist die Aussage der Leute vom RWI. Auch der Bund der Steuerzahler führt aus, dass die finanzielle Situation des BLB für den Steuerzahler intransparent war. Hier muss Transparenz geschaffen werden, sagt der Bund der Steuerzahler. Ein Schritt in diese Richtung ist eine Kapitalzuführung, wie sie mit diesem Haushalt verbunden ist.

Schließlich ist die Aussage von Herrn Steinbrück aus September 2001 aber auch noch bezüglich dessen bemerkenswert, was er nicht gesagt hat. Er hätte in seiner Rede nämlich auch noch die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft auführen müssen. Auch dazu haben uns die Experten ganz klar gesagt, das ist ausgelagertes Geld, das eigentlich in den Landeshaushalt kommen muss. Die Konstruktion, dass die BVG-Anteile mit eigens dafür aufgenommenen Krediten vom Land Beteiligun-

gen kauft, erfüllt laut RWI in geradezu lehrbuchhafter Form das Kriterium eines Schattenhaushalts. So ist das: Ein geradezu lehrbuchhafter Schattenhaushalt! Der wird jetzt aufgelöst.

Alle Bürgerinnen und Bürger sollten beim Blick in die Bücher unseres Landes ein ehrliches Bild erhalten. Dafür sind wir angetreten. Das haben wir mit diesem Haushaltsentwurf auch verwirklicht.

Ich glaube, ich brauche im Einzelnen nicht noch einmal viele Worte darüber zu verlieren, dass sich wirklich alle angehörten Experten bei BLB und BVG für diesen Schritt ausgesprochen und diesen Weg für richtig befunden haben.

Was ich aber an den Vorlagen für die heutige Sitzung für wirklich ganz bemerkenswert halte, ist, dass sich in den Kreis der Experten nun auch unser lieber Kollege Sagel „hineingeadelt“ hat. Lieber Kollege Sagel, ich freue mich sehr, dass Sie sich, wenn auch spät, doch noch unserer richtigen Meinung angeschlossen haben und möchte mich deshalb auch im Namen unserer gesamten Fraktion ganz herzlich bei Ihnen für diese klare Meinungsbekundung bedanken. Denn unter Ziffer 1 im Beschlussteil Ihres Entschließungsantrags heißt es:

„Die Mittelzuführung zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb in Höhe von 613,6 Millionen € wird in 2005 nicht vorgenommen. Stattdessen wird die Zuführung auf die nächsten vier Jahre gestreckt, da die Liquidität gewährleistet bleibt.“

Wir sind uns also im Grunde einig, das Geld muss in den BLB. Insofern möchte ich mich bei Ihnen ausdrücklich für diese Vorlage bedanken. Wir sind uns einig. Das muss im Rahmen dieses Haushaltsplans jetzt auch gemacht werden.

Wir müssen damit aufhören, dass systematisch alles viel zu günstig geschätzt worden ist. Wir müssen damit aufhören, dass Sie die Zahlen schöner schätzen, um besser dazustehen als berechtigt. Es muss damit aufgehört werden, dass Sie früher weniger Konsolidierung mit geschönten Zahlen machen wollten, als es für das Land notwendig gewesen wäre.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass dieser Nachtragshaushaltsplan nur die erste Stufe ist. Hier ging es darum, Transparenz, Klarheit über die wirkliche Situation des Landes zu schaffen. Jetzt muss es weitergehen, und es wird weitergehen.

Der Finanzminister hat in den letzten Wochen die Eckdaten für den Haushalt 2006 vorgestellt. Diese Zahlen machen deutlich, nun wird Ernst gemacht, und wir räumen auf. Die Einsparungen im Haus-

halt 2006 sind ausgewogen, da kein Bereich ausgenommen wird, und trotzdem werden klare Zeichen beispielsweise für mehr Bildung gesetzt.

Der Haushalt 2006 ist ehrlich, weil bei ihm auf Trickereien wie in der Vergangenheit üblich verzichtet wird, und obendrein versilbern wir kein Landesvermögen. Der Haushalt 2006 ist solide und bietet eine verlässliche Grundlage für Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Die eingeschlagene Konsolidierung wird unser Weg in die nächsten Jahre sein.

Ich möchte mich ganz herzlich für die bisherige Arbeit der Landesregierung bedanken und ihr zusichern, dass wir als Koalitionsfraktionen diesen Weg gemeinsam mit der Landesregierung gehen werden. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Kollegin Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Kollege Klein, wer beim Geld für das Spielzeug in Tausenden von Kindergärten spart, um die Lobby der Landwirtschaft mit zusätzlichen Millionen anzufüttern, sollte sich nicht zum Moralisten aufspielen,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

weder im Hinblick auf das, wie in den Vorjahren hier die Haushaltspolitik betrieben worden ist, noch im Hinblick auf das, was uns offensichtlich in den nächsten Wochen und Monaten noch erwarten wird. Die Zeitungen sind voll von dem, was Sie in den nächsten Wochen umzusetzen planen: höhere Schulden, weniger Chancen, aber zusätzliche Privilegien für wenige. Das ist zurzeit der Geist Ihrer Haushaltspolitik sowohl im Nachtrag 2005, den wir gerade diskutieren, als auch im Hinblick auf das, was uns im Jahre 2006 erwartet.

Ich zitiere den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung:

„Wir werden die dramatisch angewachsene Nettoneuverschuldung des Landes in den nächsten Jahren Schritt für Schritt reduzieren.“

(Demonstrativer Beifall von Dr. Jens Petersen [CDU])

Das ist Ihre Messlatte, Kollege Petersen. Wir wollen einmal sehen, ob Sie über diese Latte springen können.

Wenn Sie sich den Nachtragshaushalt anschauen – die gesamten Beratungen in den letzten Wochen und Monaten haben keinerlei Verbesserung ergeben –, wird deutlich, dass es Ihnen schwer fällt, über diese Latte zu kommen. Der Finanzminister hätte reichlich Gelegenheit gehabt, durch eine Ergänzung – eine hat er vorgenommen – voraussichtliche Steuermehreinnahmen zu benennen. Nach Ihren eigenen Angaben im Internet – das können Sie nachlesen, sie sind seit wenigen Tagen veröffentlicht – sind 2,8 % mehr, sprich: 840 Millionen €, zusätzlich eingegangen. Sie verschweigen diese Mehreinnahmen. Der Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ist damit – das stelle ich ausdrücklich fest – verletzt.

(Beifall von der SPD)

Es ist dabei geblieben – Sie haben es gerade hier umfangreich erläutert –, dass Sie ohne Not in wirtschaftlich gesunde Betriebe 1,2 Milliarden € – finanziert über Schulden, die die Steuerzahler dieses Landes aufbringen müssen – pumpen, die es absolut nicht nötig haben. Sie legen in einem wirtschaftlich gesunden Unternehmen einen Sparstrumpf an, das dieses weder aus Liquiditätsgründen noch aus seiner Stellung am Markt nötig gehabt hätte.

Es geht nicht um einen Schattenhaushalt. Es geht um einen wirtschaftlich arbeitenden Betrieb mit Bilanzierung und entsprechenden Aktiva- und Passiva-Ausweisungen, ein Unternehmen, das Sie durch Ihre Position, Herr Kollege Klein, zusätzlich schlecht reden. Dieses Unternehmen hat auf seiner Vermögensseite Milliarden stehen, und das wissen Sie. Deshalb sage ich hier ganz deutlich:

(Zuruf)

– Nicht in gleicher Höhe. – Sie führen dem Unternehmen und der BVG 1,2 Milliarden € zu, um sich als Haushaltstrick einen Sparstrumpf anzulegen. Daran werden wir Sie beim Haushalt 2006 erinnern.

(Beifall von der SPD)

Wir wissen, dass es eine Reihe von Einnahmen und unabweisbaren Mehrausgaben gegeben hat – das ist gar keine Frage. Deshalb haben wir schon sehr früh gesagt: Mehrausgaben muss man in einem Nachtrag darstellen und decken. Ich sage noch einmal ausdrücklich: Wir hätten diese zusätzlichen Mehrausgaben gedeckt. Allein schon die Steuereinnahmen hätten das möglich gemacht, und ich glaube, auch der Haushalt 2005 hätte eine Sparanstrengung verdient.

Stattdessen gehen Sie in die höchste Schuldenaufnahme in der Geschichte des Landes: 7,4 Milliarden €, die Sie verantworten. Die neue Koalitionsregierung verantwortet diese Schulden eigenständig.

(Beifall von der SPD)

Sie sind neu gewählt, und Sie werden sich an diesem traurigen Rekord in der Geschichte unseres Landes messen lassen müssen.

Sie haben nicht nur die Verschuldung um 2,2 Milliarden € künstlich nach oben gefahren, sondern Sie überschreiten auch die Verfassungsgrenze, und zwar um fast 1,5 Milliarden €. Sie begründen das – das muss man vorlesen – mit der objektiven Unmöglichkeit, einen verfassungsmäßigen Haushalt aufzustellen. Diesem Verhalten widerspreche ich für meine Fraktion ausdrücklich.

Die Finanzverfassung des Grundgesetzes und die Verfassungen der Länder bilden eine in sich geschlossene Rahmen- und Verfahrensordnung. Innerhalb dieses Rahmens ist der politische Prozess frei und vermag sich nach eigenen Regeln und Bedingungen zu entfalten. Der Rahmen selbst stellt aber eine Grenze dar, die der Gesetzgeber – nämlich das Parlament – nicht überschreiten darf.

Für Analogieschlüsse – beispielsweise der Verweis auf den Artikel 109 Grundgesetz –, die notwendigerweise zu einer Ausweitung dieses Rahmens führen würden, ist nach unserer Auffassung verfassungsrechtlich kein Raum gegeben.

Die finanzpolitische Selbstermächtigung von Herrn Linssen sowie der von ihm in Anspruch genommene Durchbruch der Verfassung ist eine offenkundige Beeinträchtigung unserer Verfassung und damit der Ordnungs- und Begrenzungsfunktion unseres Haushaltsrechtes.

Sie, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfractionen, hätten dem entgegen können. Sie hätten bis heute zumindest die Steuereinnahmen etatisieren können. Wenn Sie im Internet nachschauen – der Finanzminister hat es dankenswerterweise veröffentlicht – können Sie feststellen, dass wir einen Haushaltsansatz von 34,3 Milliarden Steuern für 2005 hatten. Wir haben zurzeit mit Stand vom 30. November 2005 35,2 Milliarden. Sprich: Wir haben 822 Millionen mehr Steuern eingenommen, die Sie dem Land und den Bürgerinnen und Bürgern verschweigen. Das halte ich für den eigentlichen Skandal.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben eine mit 80 bis 100 Millionen bezifferte Haushaltssperre ausgewiesen. Auch die taucht im Nachtragshaushalt nicht auf – zumindest die Auswirkungen daraus nicht. Sie haben mit zusätzlichen unnötigen Mehrausgaben und mit politischen Versprechen, die Sie in den ersten Monaten ohne jede Sparanstrengung erfüllen wollten, den Haushaltsrahmen absichtlich ausgedehnt.

Und es ist jetzt klar: Es ging nicht nur um die Sparstrümpfe, aus denen man in den künftigen Jahren gerne die Wahlgewinne verteilt. – Nein, es ging auch darum, die Neuverschuldung bewusst so hoch zu treiben, um mit dem neuen Haushalt, den wir seit einer Woche kennen – nämlich mit 5,9 Milliarden Schulden –, so zu tun, als ob man jetzt schon deutlich darunter läge.

(Beifall von der SPD – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ein ganz billiger Trick!)

Das ist Betrug, denn 5,9 Milliarden € neue Schulden bei Einbringung eines Haushaltes hat es in Nordrhein-Westfalen bisher noch nicht gegeben. Jetzt versuchen Sie mit Verweis auf 2005 zu sagen: Sehen Sie, wir sind schon deutlich unterhalb der Neuverschuldung im Haushalt 2005, die Sie vorher künstlich nach oben gefahren haben. Meine Damen und Herren, das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten deutlich thematisieren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Deshalb lassen Sie mich hier heute resümieren: Ihre eigene Messlatte haben Sie deutlich gerissen. Höhere Schulden, weniger Chancen, aber zusätzliche Privilegien für Wenige. Eine Politik ohne Herz und Verstand. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Rudolf Henke [CDU]: Bei Ihnen ist der Film gerissen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herr Klein, es ist schon wirklich erstaunlich, dass die CDU diesen „Ankündigungsminister“ Steinbrück, wie Sie ihn gerade bezeichnet haben, mit den Stimmen der CDU zum Finanzminister Ihrer großen Koalition in Berlin gewählt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist wirklich sehr erstaunlich. Da müssen Sie sich doch fragen: Was macht die CDU eigentlich für eine Politik?

Aber blicken wir nach Düsseldorf, denn auch hier gibt es in der Finanzpolitik interessante Entwicklungen: Ich kann erst einmal konstatieren, dass unser Finanzminister Linssen ein Feuerwerk der Täuschung und des Brechens von Wahlversprechen in einer Bilanz, die tief schwarz wie die Nacht ist, vollzieht.

Seine klassischen Raketen für das Feuerwerk, für sein Ablenkungsmanöver, sind in der Tat wenig überraschend. Meine Kollegin Walsken ist da genau wie ich der Meinung – ich glaube, dass sie auch richtig ist –, dass Sie mit diesem Nachtragshaushalt tatsächlich versucht haben, die Schulden so hoch wie möglich zu fahren, um dann zu beweisen, dass der neue Haushalt 2006 eine deutliche Verbesserung ist, dass die Neuverschuldung, wofür ja Rot-Grün in der Vergangenheit verantwortlich war, schon drastisch zurückgegangen ist und dass Sie einen völlig neuen Konsolidierungskurs in Nordrhein-Westfalen eingeschlagen haben.

Also, Herr Klein, es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie mit Ihrem Rekordhaushalt 2006 – bei der Einbringung mit 5,88 Milliarden € Neuverschuldung –, jetzt so tun, als wäre das der Konsolidierungswurf in Nordrhein-Westfalen. Das kann es doch wohl nicht sein.

(Volkmar Klein [CDU]: Haben Sie weitere Sparvorschläge?)

– Ich habe sehr konkrete Sparvorschläge. Aber wir sind ja noch nicht so weit, dass wir tatsächlich in die tiefere Debatte um den Haushalt 2006 einsteigen. Ich kann Ihnen sagen: Wir werden sehr dezidiert Sparvorschläge machen.

(Zuruf von der FDP: Sie reden doch vom nächsten Jahr! Sie reden doch davon!)

Aber wir beobachten im Moment natürlich mit großem Interesse, was Sie hier machen. Da kann ich nur konstatieren: Sie betreiben Klientelpolitik. Nichts anderes ist das. Wenn man sich zum Beispiel anschaut, was Sie auf der einen Seite mit der Landwirtschaftskammer machen – 10 Millionen € mehr –, aber auf der anderen Seite kürzen Sie beim Landesjugendplan massiv.

(Zuruf von der CDU: Das ist nicht Gegenstand der Tagesordnung! – Lachen von Josef Wilp [CDU])

– Ich weiß, aber der Kollege hat ja auch einige Punkte genannt, die nicht unbedingt in Düsseldorf

stattfinden. Wenn wir schon eine Debatte haben – ich bin immer sehr daran interessiert, dass wir hier eine Debatte haben und nicht nur die ganze Zeit vom Blatt abgelesen wird, denn es ist doch eigentlich das Interessante am Parlamentarismus, dass man auch ein bisschen kontrovers diskutieren kann –, dann gestatten Sie mir zumindest ein paar Worte zu dem, was hier passiert. Ich kann nur konstatieren: Was Sie hier machen, ist Wahlbetrug. Denn Sie haben den Wahlkampf mit ganz anderen Ankündigungen beschritten. Sie haben ganz klar gesagt, dass Sie konsolidieren wollen. Das ist überhaupt nicht passiert.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Wenn ich betrachte, was Sie im Detail machen, dann kann ich nur feststellen: Sie täuschen tatsächlich über das hinweg, was Sie in der Vergangenheit versprochen haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Sagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klein?

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Ja, selbstverständlich.

(Zuruf von der CDU: Nicht unbedingt!)

Volkmar Klein (CDU): Lieber Kollege Sagel, bezeichnen Sie es als Klientelpolitik, dass wir für eine bessere Schulbildung eintreten und für bisher benachteiligte Kinder Sprachunterricht organisieren? Wenn das Klientelpolitik ist, wäre das ganz in unserem Sinne.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Zu Ihrer Schulpolitik muss ich, glaube ich, nicht viel sagen. Die ist desaströs. Sie bekommen im Moment doch sogar von denen Ihnen nahe stehenden Verbänden Druck ohne Ende.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zu dem Bereich, den Sie gerade angesprochen haben: Das ist nur eine ganz kleine Baustelle. Fakt ist doch – wir haben das einmal zusammengerechnet –, dass Sie im Haushalt 2006 über 220 Millionen € bei Kindern und Jugendlichen kürzen. Das ist doch Ihre reale Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich komme jetzt zum Nachtragshaushalt 2005 zurück – das ist ja das Thema –, damit der Kollege nicht ganz unruhig wird. Sie hatten hier einige Punkte angesprochen, unter anderem den Bau- und Liegenschaftsbetrieb. Natürlich sehen auch

wir da die Notwendigkeit, finanziell etwas zu tun. Aber, Herr Klein – das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns;

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie sind an der Regierung!)

grundsätzlich verwehren wir uns gar nicht, aber wir haben einen anderen Vorschlag gemacht –, wir haben gesagt: Das geht sehr wohl über vier Jahre. Man muss diese Summen nicht in einem Nachtragshaushalt ansetzen.

Zur BVG hatte ich Ihnen schon – wir hatten kürzlich die erste Lesung zum Nachtragshaushalt – einiges Konkretes gesagt.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Wir stimmen in manchen Punkten sicherlich überein. Nur: Es gibt viele politisch motivierte Dinge in diesem Nachtragshaushalt. Dazu gehören die 92 neuen Stellen in der Ministerialbürokratie. Ich weiß übrigens gar nicht, was die FDP dazu sagt. Die ist ja immer dagegen, dass Bürokratie ausgeweitet wird.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dies ist das Gegenteil!)

Das sind ja die selbsternannten Vorreiter beim Bürokratieabbau. Ich finde es sehr interessant, dass die sich dazu überhaupt nicht geäußert haben. Die 5,5 Millionen €, die Sie hier draufgepackt haben, sind rein politisch motiviert.

Ich kann nur feststellen: Statt den Haushalt zu konsolidieren, hält sich der Finanzminister in einer finanzpolitischen Steilwand auf, ohne tatsächlich eine Seilschaft zu haben. Eine Haushaltskonsolidierung ist nicht festzustellen. Ich sehe hier nur eine Menge Unwägbarkeiten, im Übrigen auch im Haushalt 2006. Ich kann wirklich keine deutliche Verbesserung in diesem Haushalt erkennen.

(Rudolf Henke [CDU]: Genauer hingucken!)

– Ich habe mir das sehr konkret angeguckt. Ich habe hier auch einige Zahlen genannt. Von daher ist das, glaube ich, sehr deutlich geworden.

Sie haben eine ganze Menge versprochen. Sie haben auch immerhin 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Wir haben das im Übrigen aufgrund der neuen Zahlen mit unterstützt; das haben wir auch deutlich gemacht. Sie hatten aber nicht groß angekündigt, dass hiermit der Unterrichtsausfall bekämpft wird.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich habe sehr viele Auseinandersetzungen mit meinen beiden Kollegen aus Münster geführt; die

sind im Moment leider wieder nicht da. Mit denen habe ich sehr viele Wahlkampfveranstaltungen gemacht. Die haben die ganze Zeit angekündigt – Herr Klein, ich weiß nicht, was Sie dazu sagen –, 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer sofort einzustellen. Sofort!

(Beifall von den GRÜNEN – Rudolf Henke [CDU]: Nein! Wir beginnen sofort damit!)

– Das haben die erzählt. Diese beiden Kollegen, mit denen ich die Auseinandersetzungen geführt habe, haben das die ganze Zeit erklärt.

Die FDP – Herr Papke, hören Sie zu! – hat 7.000 gefordert, und das auch ruck, zuck. Sie haben gesagt: Nach der Wahl geht das ganz zügig. – Ich bin sehr gespannt, wie das bei Ihnen weitergeht.

Sie haben auch die sofortige Streichung des Wasserentnahmegeldes angekündigt. Das konnte ich im Nachtragshaushalt 2005 nicht entdecken. Sie haben gekämpft: Die bösen Grünen sind für das Wasserentnahmegeld! – Und jetzt? Gar nichts! Schweigen im Walde!

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sagel, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Jostmeier?

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Ja, bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Jostmeier.

Werner Jostmeier (CDU): Vielen Dank. – Herr Sagel, da ich die beiden Kollegen, also den Kollegen und die Kollegin, die Sie gerade genannt haben, kenne und da ich weiß, dass sie in Sachen Schulpolitik mindestens so gut im Stoff stehen wie Sie: Wären Sie bereit, mir die Pressemitteilung oder den Vermerk zu zeigen, aus dem hervorgeht, sie hätten gesagt, wir würden 4.000 Lehrer sofort einstellen? Es steht in allen Wahlprogrammen – wissen Sie das? –,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ich rede nicht von Wahlprogrammen!)

die die beiden zum Teil mitverfasst haben, dass wir 4.000 Lehrer im Zuge der nächsten Wahlperiode bis zum Jahr 2015 einstellen. Bitte machen Sie sich sachkundig! Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, sich sachkundig zu machen oder ob Sie hier weiterhin solche falschen Dinge behaupten wollen. Ich nehme die beiden Kollegen vor diesen Falschbehauptungen in Schutz.

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Herr Jostmeier, Papier ist geduldig. Ich weiß auch, was in Ihrem Wahlprogramm steht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es zählt aber das gesprochene Wort!)

Aber ich habe sehr viele Podiumsdiskussionen mit ihnen geführt. Ich weiß nicht, ob sie sich da haben hinreißen lassen. Wie auch immer! Jedenfalls ist das ganz klar von ihnen gesagt worden. Die haben dafür übrigens tosenden Beifall bekommen. Das war ja, wie gesagt, noch im Wahlkampf. Das ist die Realität. Ich bin gerne bereit, noch einmal nachzugucken, ob dazu etwas in den Zeitungen stand. Das weiß ich nicht. Ich weiß jedenfalls, dass sie es in den Wahlveranstaltungen gesagt haben. Es gibt genügend Ohrenzeugen bei diesen Veranstaltungen, die das genauso gehört haben. Von daher, Herr Jostmeier: Ihr Wahlprogramm ist schön und gut, aber die Realität sah ein bisschen anders aus.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Aber zurück zum Nachtragshaushalt! Der Nachtragshaushalt weist mit 7,3 Milliarden € eine Rekordverschuldung auf. Der Finanzminister hat bis zum Jahr 2010 verfassungswidrige Haushalte in Folge angekündigt. Trotz der zu erwartenden Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden € jährlich aus der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 ist er von dieser Ankündigung bisher nicht abgewichen. Auch interessant! Die Mehrwertsteuererhöhung ist ein großes Thema. Wir haben ganz deutlich gesagt: Wir wollen sie nicht. – Sie beziehen das aber überhaupt nicht in Ihre haushaltspolitischen Überlegungen ein.

Der Haushaltsentwurf 2006 liegt mit knapp 6 Milliarden € Neuverschuldung auch nicht wirklich weit von dem entfernt, was wir in der Vergangenheit gemacht haben. Ich habe ja gesagt: BLB und BVG, das sind ungefähr 1 Milliarde €. Wenn man dann noch die Vogelgrippe und die Kreditierung des kommunalen Anteils an den Kosten der Einheit herunterrechnet, dann ist man genau da, wo wir in der Vergangenheit unseren Haushalt hatten. Sie haben also überhaupt nichts getan, um den Haushalt zu konsolidieren. Das ist die Realität, die sich bei Ihnen abzeichnet.

Allerdings gibt es mittlerweile eine massive Verunsicherung der Beschäftigten in sozialen Einrichtungen und in der Bevölkerung insgesamt; denn viele wissen gar nicht mehr, was auf sie zukommt. Die, die es schon wissen, gerade die Landesbeschäftigten, sind bei den angekündigten Kürzungen sehr wach geworden.

Die Zahlen, die Sie hier in den Raum gesetzt haben, sind aus meiner Sicht sehr unseriös. Wenn ich mir ansehe, wie Sie im Nachtragshaushalt agiert haben, kann man nur feststellen: Aus unserer Sicht ist das nicht akzeptabel, und wir sind in keiner Weise damit einverstanden.

Ich möchte zu einigen Punkten im Nachtragshaushalt im Detail etwas sagen. Die Mindereinnahmen des zweiten Nachtragshaushaltes belaufen sich gegenüber dem ersten Nachtragshaushalt auf insgesamt 584 Millionen €. Die Mehrausgaben betragen 1,632 Milliarden €. Die Gesamtverschlechterung beträgt 2,216 Milliarden €, die Nettoneuverschuldung zum Jahresende 7,388 Milliarden €. Das ist ein Rekordjahr für eine Neuverschuldung in der Geschichte in NRW. Das ist Ihre Anfangsbilanz.

(Zuruf von der CDU: Und Ihre Schlussbilanz!)

Ich bin sehr gespannt, wie sich das in den nächsten Haushalten fortsetzt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben heute einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem wir einige Punkte sehr deutlich kritisieren. Zu einigen Punkten habe ich schon etwas gesagt, aber ich möchte noch etwas dazu sagen, wie Sie die vorläufige Haushaltsführung gemacht haben. Aus unserer Sicht ist es sehr kritikwürdig, denn Sie wussten schon sehr lange, dass Sie etliche Monate im Jahre 2006 ohne festgestellten Haushalt arbeiten müssen. Sie haben lange überhaupt nichts gemacht, und jetzt, ganz kurz vor Weihnachten, werden Sie Mucker und wollen tatsächlich etwas zur vorläufigen Haushaltsführung herausgeben, damit Beschäftigte und Initiativen finanziert werden können.

(Rudolf Henke [CDU]: Das haben Sie doch angefangen!)

– Nein, Herr Henke, Sie haben das schon lange gewusst. Ich weiß es auch schon eine ganze Weile, dass Sie gesagt haben, der Haushalt solle erst im Mai 2006 verabschiedet werden. Es war doch klar, dass da Vorsorge getroffen werden muss. Die Beschäftigten, die in freien sozialen Einrichtungen auf Landesmittel angewiesen sind, hängen völlig in der Luft und wissen nicht, was auf sie zukommt. Da ist von Ihrer Seite viel zu spät gehandelt worden.

(Rudolf Henke [CDU]: Vor dem Kabinettschluss?)

– Ja, Sie hätten ja ein bisschen schneller reagieren können. Das ist doch kein Thema. Wie lange

regieren Sie jetzt schon? Das ist mittlerweile schon ein halbes Jahr.

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

Die 100 Tage sind lange vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie können nicht immer sagen, wir hätten Schuld gehabt, Sie seien so arm und müssten jetzt gucken, wie Sie klarkämen. Sie sind jetzt bis 2010 gewählt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Leider!)

Sie müssen doch mal handeln. Sie können nicht immer auf die Vergangenheit verweisen. Die Leute erwarten von Ihnen, dass Sie klare Ansagen bekommen: Was ist los im Sozialbereich? Was haben wir an Geld zu erwarten? Wie viele Stellen können wir finanzieren? – Da ist die ganze Zeit nichts gekommen; die Leute sind höchst verunsichert.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie schüren Verunsicherung!)

Wir haben einen „Kahlen Asten“ der Schulden in Nordrhein-Westfalen durch diese neue Politik, die Sie hier machen. Sie treiben die Verschuldung des Landes in die Höhe. Von Haushaltskonsolidierung, wie Sie es im Wahlkampf versprochen haben, gibt es keine Spur. Sie brechen Ihr Wahlversprechen, insbesondere was die Kinder- und Jugendpolitik angeht. Ihre Politik ist insgesamt absolut enttäuschend. Statt „Glück auf!“ bleibt mir an dieser Stelle leider nur „Gute Nacht NRW!“ zu sagen. Das ist Ihre Politik, wie sie sich im Moment abzeichnet. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sagel. – Für die FDP spricht nun Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Sagel war gerade so freundlich, den Punkt Wasserentnahmeentgelt anzusprechen. Ich will den spontan aufgreifen, Herr Kollege Sagel, weil er deutlich macht, welche Unterschiede im Denken vorhanden sind und dass wir zu einer Veränderung im Denken kommen müssen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sind Sie jetzt beim Wasserentnahmeentgelt?)

Das Wasserentnahmeentgelt ist eine zusätzliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger gewe-

sen, mit dem Sie in Ihrer Zeit versucht haben, durch zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger Ihre Projekte zu finanzieren. Sie sind dafür kritisiert worden. Sie haben diese Prioritäten gesetzt. Okay, aber wir werden andere Prioritäten setzen.

Auch die Mehrwertsteuererhöhung im Bund halte ich in gleicher Weise für falsch, weil sie keinen notwendigen Beitrag dazu leistet oder Rahmenbedingungen setzt, damit wir tatsächlich wieder mehr Wachstum und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland bekommen. Wir sind in den vergangenen Haushaltsberatungen immer wieder auf diesen Punkt zurückgekommen.

Ich habe wiederholt für die FDP erläutert – und der eine oder die andere in Ihren Reihen sieht es genauso –: Wenn es uns nicht gelingt, Rahmenbedingungen zu setzen, dass in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen wieder Investitionen stattfinden, und wenn es uns nicht gelingt, Menschen wieder in bezahlte Beschäftigung hineinzubringen, werden wir, was Haushaltskonsolidierung und das Beklagen von Steuermindereinnahmen angeht, andere Dimensionen erreichen, als wir sie im Augenblick haben.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Freimuth, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Angela Freimuth (FDP): Nein, im Augenblick nicht; vielleicht später. – Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten bei den Beratungen des Haushaltes 2006 noch ausreichend Gelegenheiten haben, unterschiedliche Stile einzubringen, unterschiedliche Prioritäten zu setzen und konkrete Konsolidierungsvorschläge zu machen. Der Haushalt 2006 ist uns allenfalls in Eckpunkten bekannt. Ich glaube, keiner von uns kennt die Details. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten diese Beratungen intensiv führen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Offensichtlich besprechen Sie das in den Vorgesprächen!)

Zum Nachtragshaushalt 2005 ist gerade der Ausdruck „Kahler Asten“ bemüht worden. Vielleicht ist es aber hier sogar schon Zugspitzenniveau.

Es darf Sie nicht wundern, dass das, was als Abschlussbilanz Ihrer Politik vorgelegt wird

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– von Rot-Grün getragen, trotz Kritik der damaligen Opposition CDU und FDP –, auch heute noch

bemängelt wird. Diese Abschlussbilanz haben Sie zu verantworten.

Wenn wir uns anschauen, wie unterschiedliche Experten – wir hatten im Haushalts- und Finanzausschuss dazu eine Anhörung – diesen von der CDU/FDP-Landesregierung vorgelegten Nachtragshaushalt, Ihre Abschlussbilanz, bewerten, dann lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Experten sprechen lassen.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, vertreten durch Frau Dr. Rühl, hat gesagt:

Die kommunale Seite ist mit den für die kommunale Seite relevanten Änderungen einverstanden. Das betrifft die Verteilung der Wohngeldersparnis des Landes und vor allen Dingen deren Buchung in den kommunalen Haushalten. Dort wird ja zukünftig die investive Bindung, also die Pflicht zur Buchung im Vermögenshaushalt, wegfallen. Das haben wir lange gefordert und wird deshalb von uns ausdrücklich begrüßt.

Meine Damen und Herren, Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände!

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, vertreten durch Herrn Dr. Kambeck, hat sich zu verschiedenen Punkten des Nachtragshaushaltes, auch zu Ihren Einlassungen dazu, positioniert, zum Beispiel zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen. Die Kollegin Walsken erweckt hier immer wieder den Eindruck, es handele sich um einen privatwirtschaftlich organisierten und agierenden Betrieb. Das ist es nicht! Es ist ein Sondervermögen. Im Grunde genommen ist das eine die rechte und das andere die linke Tasche der gleichen Jacke. Zum Bau- und Liegenschaftsbetrieb hat Herr Dr. Kambeck jedenfalls ausgeführt,

„dass es aus unserer Sicht entscheidend ist, Transparenz im Haushalt zu schaffen. Genau das ist unserer Auffassung nach auch geschehen, da kreditfinanzierte Vorgänge tatsächlich in den Haushalt geholt wurden. Somit macht man für die Öffentlichkeit transparent, wie hoch die tatsächliche Schuldensituation des Landes ist. Wir halten es für richtig, dies in den Haushalt zu holen und Öffentlichkeit und Transparenz herzustellen.“

Zu den Beteiligungen des Landes hat Herr Dr. Kambeck ebenfalls Ausführungen gemacht:

„Dies ist ein Standardbeispiel dafür, wie Schattenhaushalte entstehen können. Aus finanzwissenschaftlicher Sicht kann man aufgrund der

Konstruktion dafür plädieren, diese Schulden im Haushalt auszuweisen und auch hier für Öffentlichkeit, für Transparenz zu sorgen.“

Zu dem Bereich Länderfinanzausgleich führt Herr Dr. Kambeck aus:

Da teilen wir die im Entwurf des Nachtragshaushaltes formulierte Auffassung der Landesregierung, dass die finanzielle Situation der Kommunen derzeit nicht so ist, dass der Anteil der Belastung an die Kommunen hätte weitergegeben werden können.“

Zur allgemeinen Bewertung des Nachtragshaushaltes führt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung aus,

„dass mit diesem Nachtragshaushalt Transparenz geschaffen wird und dass man den Bürgern die Chance gibt, den wahren Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen wahrzunehmen. Das ist die erste Voraussetzung für die Anfang des nächsten Jahres kommende Aufgabe.“

(Beifall von FDP und CDU)

Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Hans-Werner Kaldenhoff, kommentiert das folgendermaßen:

„Zum BLB kann ich mich den Ausführungen von Herrn Dr. Kambeck anschließen. Ich sehe es genauso. Es ist mehr Transparenz im Haushalt.“

Der Bund der Steuerzahler, vertreten durch Herrn Cloesges, führt aus:

„Der Preis dafür, dass man einen ehrlicheren Haushalt als in den früheren Jahren vorlegt, auf Luftbuchungen verzichtet und die Schattenhaushalte auflöst, besteht darin, dass man jetzt deutlich über der verfassungsmäßigen Kreditobergrenze liegt. Das sind immerhin 1,4 Milliarden €, die uns als Bund der Steuerzahler erhebliche Bauchschmerzen bereitet haben.“

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur dem Bund der Steuerzahler, sondern auch mir als Steuerzahlerin, meinen Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU und sicher auch dem einen oder anderen Kollegen der Opposition hat das ebenfalls erhebliche Bauchschmerzen bereitet.

Zur Bewertung der Schattenhaushalte – das wird ja hier immer wieder von Ihnen thematisiert – führt der Bund der Steuerzahler aus:

„Das ist die Auslagerung von Teilen des Landeshaushaltes in andere Bereiche aus dem Kernhaushalt heraus. Das ist mit der BVG geschehen. Das ist mit dem BLB in gewisser Weise geschehen und mit anderen Landesbetrieben natürlich auch. ... Wir begrüßen, dass die BVG als ein echter Schattenhaushalt, wenn ich das einmal so sagen darf, hier aufgelöst und die Unterfinanzierung des BLB beseitigt wird.“

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, das sind die Stellungnahmen und Bewertungen der Experten zu dem vorgelegten zweiten Nachtragshaushaltsgesetz zum Haushalt 2005.

Sie haben der neuen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen mangelnden Sparwillen vorgeworfen. Das ist in der Tat bemerkenswert. Ich erinnere nur an Ihre Beiträge in den letzten Wochen. Beispielsweise heißt es im Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Nachtragshaushalt:

„Der Landtag muss daher Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung und Haushaltskonsolidierung ergreifen.“

Ja, völlig d'accord. In dem Antrag findet sich aber nicht ein einziger Vorschlag dazu, wie das aus Ihrer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt in Anbetracht der vorgefundenen Haushaltssituation und dem weit fortgeschrittenen Haushaltsvollzug realisiert werden kann.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Seitdem Sie in die Opposition gewechselt sind, haben Sie zahlreiche Anträge gestellt, in denen Sie ständig Mehrausgaben fordern: keine Mittelkürzung für die Verbraucherzentralen, Holzabsetzförderrichtlinie nicht beenden, Sportpauschale ungekürzt behalten, Neuinvestitionen bei Krankenhäusern unverzichtbar, Zukunft des Eine-Welt-Promotoren-Programms in Nordrhein-Westfalen erhalten. 80.000 neue Betreuungsplätze wollen Sie schaffen. Die Landesgartenschauen sollen als Erfolgsmodell für die Zukunft gesichert werden. Die Regionalstellen Frau und Beruf brauchen Finanzierungszusagen für 2006. Das ist alles wunderbar.

Wir sind ja kurz vor Weihnachten. Das sind lobenswerte Wünsche. Ich habe auch noch einige. Darüber können wir gerne im Detail diskutieren. Wir müssen aber feststellen, dass Sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen und damit den Gestaltungsspielraum für alles, was wir miteinander zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gestalten

wollen, ziemlich an die Wand gefahren haben. Das Haushaltsvolumen wurde ständig erweitert. Die Gesamtverschuldung beläuft sich auf rund 111 Milliarden €. Alleine in den letzten zwölf Jahren hat sich der Schuldenstand verdoppelt. Sie haben also richtig kräftig zugelangt.

Wenn Sie sich heute über diese Verschuldung moralisch entrüsten, kann ich Ihnen fast beipflichten. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie diese moralische Entrüstung schon in den letzten zehn Jahren bei sich entdeckt hätten, in denen Sie die Verantwortung für diesen massiven Schuldenanstieg getragen haben. Sie haben aber jedes Mal brav zugestimmt.

(Beifall von FDP und CDU)

Von ihrem Volumen her stellen die Personalkosten in der Tat eine große Belastung für jeden Haushalt und auch für den Nachtragshaushalt dar. Dafür tragen Sie auch Verantwortung. Sie haben nicht genug Anstrengungen unternommen, mit uns gemeinsam diese Haushaltsposition verantwortungsvoll und zukunftsgerecht zu gestalten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie haben doch überhaupt keine Vorschläge gemacht!)

– Herr Kollege Sagel, wir haben reichlich Vorschläge gemacht.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Entschuldigen Sie bitte! Wir haben Ihnen einige Vorschläge gemacht. Sie haben zum Beispiel an Ihrem Feldhamsterprogramm, an den Krötentunneln, an der Waldpädagogik unter Gender-Aspekten,

(Beifall von der FDP)

an der Steinkohlesubvention und an all den anderen Progrämmchen und Programmen festgehalten. Sie müssen sich damit auseinander setzen, dass Sie – auch Sie persönlich, Herr Sagel – falsche Prioritäten gesetzt haben.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Wir werden andere Prioritäten setzen; das wird schon am Nachtragshaushalt deutlich. Dort haben wir Mittel für neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, damit wir den Unterrichtsausfall in diesem Land bekämpfen und unseren Kindern und Jugendlichen eine bessere Ausbildung zur Verfügung stellen können, damit sie für all die Aufgaben fit sind, die auf sie zukommen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das sind Sprechblasen!)

Meine Damen und Herren, wir werden Prioritäten setzen. Das ist unter den vorgefundenen Bedingungen, die Sie uns hinterlassen und die Sie zu verantworten haben – Rekordverschuldung, Einzementierung des Haushaltes, falsche Prioritätensetzung – schwierig. Wir werden gerne mit Ihnen gemeinsam in den nächsten Jahren aufräumen.

Wir werden Ihnen einen Konsolidierungskurs und ein Sanierungskonzept vorlegen. Ich glaube, dass das notwendig ist. Dazu gehört auch, dass man an einigen Stellen ehrlicher miteinander aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern umgeht.

Sie wehren sich zu Recht – oder eigentlich nicht zu Recht – gegen die Vorwürfe von Luftbuchungen und dergleichen. Wir werden solche Spielereien nicht machen. Bei uns gibt es keine Scheinprivatisierungen auf Pump. Wir werden auch nicht irgendwelche imaginären Einnahmepositionen ansetzen – Sie haben freundlicherweise im Berichterstattungsgespräch noch einmal ausdrücklich danach gefragt. Es wird klar erkennbar, dass Einnahmepositionen von Ihnen politisch veranlasst dargestellt worden sind, von denen Sie genau wussten, dass sie nicht zu realisieren waren. Das ist einfach unanständig.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Hören Sie gut zu, Frau Walsken!)

Es ist nicht in Ordnung, die Einnahmepositionen eines Haushaltes künstlich schönzurechnen, obwohl man vorher genau weiß, dass man diese Einnahmen nicht realisieren können. Das ist Schummeln, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Frau Kollegin Walsken, diesen Vorwurf würde ich mir auch ungern machen lassen: Sie haben die Einnahmepositionen falsch angesetzt. Das ist mittlerweile unumstritten;

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wider besseres Wissen!)

das haben selbst Ihre eigenen Leute eingestehen müssen.

Es ist klar, dass wir diese Intransparenz auflösen müssen. Wir müssen mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam auf der Grundlage eines transparenten Haushaltes und einer realistischen Abbildung der tatsächlichen Haushaltssituation ein Sanierungskonzept beginnen.

Ich bin zuversichtlich: Mit dem, was wir von den Eckpunkten des Haushalts 2006 bereits kennen, setzen wir die notwendigen politischen Prioritäten

für eine gute und qualifizierte Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen,

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, ja!)

für eine gute Perspektive, für Investitionen, Wachstum und wieder mehr Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen. Es wird uns gelingen, mit einigen Wolkenprojekten Schluss zu machen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Mit welchen denn?)

Wir werden mit dem Geld der Steuerzahler sinnvoll und verantwortungsbewusst umgehen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Konkret!)

Im Laufe der Legislaturperiode werden wir dazu kommen, mit Wahrhaftigkeit verfassungskonforme Haushalte aufzustellen. Dabei haben wir durchaus das Ziel, auch mal wieder ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Denn ich muss Ihnen sagen, dass mir die Diskussion der letzten Jahre gestunken hat. Es ist immer nur darüber diskutiert worden, ob man die Verfassungsobergrenze einhalten kann. Ich möchte, dass wir wieder zu Haushalten kommen, die sich bei den Ausgaben an den Einnahmen orientieren. Mein Ziel ist, dass wir überhaupt keine neuen Schulden mehr aufnehmen müssen.

(Beifall von FDP und CDU – Gisela Walsken [SPD]: Das hätten Sie ja machen können!)

Ich würde mich freuen, wenn wir wenigstens an dieser Stelle Einigkeit erreichen könnten. Das sind wir nachfolgenden Generationen schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Freimuth. – Als nächster Redner hat Herr Börschel von der SPD-Fraktion das Wort.

Martin Börschel¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, ich bin natürlich sehr gespannt auf das, was Sie zu sagen haben. Offensichtlich muss ich mich aber noch ein bisschen gedulden – wenn Sie überhaupt vorhaben, in die Debatte einzugreifen. Bis dahin muss ich mich besonders an Frau Kollegin Freimuth wenden, denn ich würde gerne die aktuelle Finanzpolitik der Regierung und der sie tragenden Fraktionen aus dem Blickwinkel der Gemeinden und Kommunen beleuchten.

(Zuruf von der FDP: Och!)

Sie haben sich gerade mit einigen selektiven Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände ge-

schmückt, die sich im Expertenhearing ausdrücklich auf den Nachtragshaushalt bezogen haben.

(Angela Freimuth [FDP]: Der ist ja Gegenstand der Beratung!)

Sie haben immerhin zugegeben, dass die Auswirkungen auf die Kommunen im Nachtragshaushalt, der hier unmittelbarer Gegenstand der Beratung ist, relativ überschaubar sind. Ich nehme Sie beim Wort und gehe davon aus, dass Sie bei den Haushaltsplanberatungen für das nächste Jahr ebenso die Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände zitieren werden. Ich gebe Ihnen schon jetzt Brief und Siegel, dass die Bewertungen dann anders ausfallen werden und müssen. Denn man muss sich über diesen Nachtragshaushalt hinaus anschauen, was Sie in der Finanzpolitik insgesamt vorhaben. Dabei sind Sie, die Kolleginnen und Kollegen der CDU und besonders der Finanzminister, zu beobachten.

Der Verbundsatz soll immerhin bei 23 % bleiben. Das ist aus Sicht der SPD-Fraktion auch das Mindeste. Gemessen an dem, was Sie vorhaben, ist damit das Gute auch schon gesagt.

(Lachen von Gisela Walsken [SPD])

Denn was Sie im Windschatten dieser von Ihnen selbst gerühmten Großtat, den Verbundsatz gleich zu halten, vorhaben, hat durchaus dramatische Auswirkungen, die benannt und am Ende korrigiert werden müssen.

Sämtliche Zweckbestimmungen aus dem GFG werden in die Haushalte der Ressorts transferiert. Das ist Ihr Vorhaben, das der Finanzminister so zum Besten gegeben hat. Es hört sich harmlos an; aber was dann passiert, kann man sich leicht an einer Hand ausrechnen. Diese Mittel werden letztlich zum Spielball der Ressorts werden, zum Steinbruch, aus dem sich die Fachminister nach den restriktiven Top-down-Vorgaben des Finanzministers zulasten der Kommunen bedienen werden. Wenn ich ehrlich bin und mich hier umschau – der Kommunalminister ist ja noch nicht einmal da –, kann ich im Kabinett niemanden erkennen, der sich am Ende diesen restriktiven Top-Down-Vorgaben des Finanzministers entziehen kann.

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Ich glaube nicht, dass es da jemanden gibt.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das sagen gerade Sie, Herr Börschell!)

– Ja, Herr Finanzminister, seien Sie doch nicht so aufgeregt darüber, über was wir hier reden und über was wir hier nicht reden.

(Zurufe von CDU und FDP)

Herr Finanzminister, ich habe Sie im Finanzausschuss ausgiebig angehört. Ich habe mitbekommen, dass Sie selbst derjenige sind, der von Anfang bis Ende jede noch so kleine Aktivität Ihres Hauses und von Ihnen persönlich als Großtat deklariert. Dann werden Sie doch sicherlich damit einverstanden sein, dass wir heute über Ihre Großtaten reden. Dazu gehört eben auch, dass Sie selbst die kommunalen Interessen zum Steinbruch Ihrer Finanzpolitik machen. Es muss gesagt werden, weil das dramatische Auswirkungen hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Noch spannender ist das – man muss ja immer den Blick nach vorne richten –, was sich am Rande, was sich neben dem GFG abspielt. Im Jahre 2005 – liebe Kolleginnen und Kollegen, das werden Sie wissen – sind etwa 5,1 Milliarden € an Zuweisungen für die Gemeinden veranschlagt. So weit, so gut! Wenn man aber den Finanzminister – dieses verlangt er von uns im HFA ja immer – beim Wort nimmt, dann sollen auch hier Kürzungen von etwa 20 % vorgenommen werden. 20 % von 5,1 Milliarden € etwa sind, summa summarum, nach Adam Riese gut 1 Milliarde €.

Das heißt: Sie, Herr Finanzminister, haben und geben vor, auf dem Rücken der Kommunen etwa 1 Milliarde € einzusparen. Was das bedeutet, haben wir heute Morgen in der ersten Aktuellen Stunde schon ausführlich diskutieren können. Es geht um den Landesjugendplan, um Jugendhilfeausgaben, Kindertagesstätten, Kürzungen bei der Stadterneuerung und -sanierung sowie Kürzungen bei der Investitionspauschale.

Hier ist Ihnen und insbesondere den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP in der Tat Wortbruch vorzuhalten, weil Sie sich an Ihre Versprechen aus dem Wahlkampf und aus der Zeit danach nicht halten und die Wolkenkuckucksheime, die Sie aufgebaut haben, nicht einmal im Ansatz realisieren. Deswegen geht es gar nicht darum, ob wir hier konkrete Einsparvorschläge machen oder nicht, sondern es geht darum, dass Sie Ihre eigene, hoch gehängte Latte unterlaufen und nicht einmal im Ansatz überspringen und hier die Wählerinnen und Wähler und damit auch uns, dieses Parlament, für dumm verkaufen wollen.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Analysen ist klar: Die Regierung Rüttgers steht auf der Liste der kommunalpolitischen Katastrophenszenarien

mittlerweile ganz oben. Das kommt auch vor Ort an.

(Zurufe von der FDP)

– Entschuldigen Sie, regen Sie sich doch nicht so auf! – Die von Ihnen geführten Kommunen – da muss ich die FDP weniger angucken; davon gibt es ja zum Glück wenige, umso mehr aber die Kolleginnen und Kollegen von der CDU – werden mittlerweile extrem nervös und sagen: Meine Güte, was die Landesregierung mit Finanzminister Linssen plant, ist an Absurdität und letztlich an Dramatik für die Kommunen kaum zu überbieten.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke?

Martin Börschel¹⁾ (SPD): Mit Freuden.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Kollege, ist Ihnen entgangen, dass wir unter diesem Tagesordnungspunkt über den Nachtragshaushalt debattieren? Sie haben bisher nur in Ansätzen zum Nachtragshaushalt gesprochen, sondern Sie reden über den Haushalt 2006. Ist Ihnen entgangen, worüber wir hier als Landtag Nordrhein-Westfalen debattieren?

(Beifall von der FDP)

Martin Börschel¹⁾ (SPD): Herr Kollege Papke, keineswegs. Ich habe mir aber angewöhnt, ist er zumindest in einem, was er sagt, beim Wort zu nehmen. Und der Finanzminister hat im Haushalts- und Finanzausschuss und auch hier immer wieder eingefordert, dass wir die Finanzpolitik der Landesregierung aus einem Guss zu behandeln haben und dass wir deswegen eine sehr umfassende Bewertung vornehmen müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nichts anderes tue ich hier. Das mag Ihnen vielleicht im Rahmen dieser Generaldebatte entgangen sein.

Was aber – damit komme ich schon zum Schluss; deswegen müssen Sie sich nicht weiter aufregen – dem Fass den Boden ausschlägt bei dem, was an Kürzungen in Höhe von 1 Milliarde € angedacht ist, sind Äußerungen wie: Na ja, ist alles nicht so schlimm. Die Kommunen können das, was ihnen wichtig ist, auf die eigene Payrole nehmen. Sie können aus den eigenen kommunalen Haushalten

diese gekürzten Summen auffangen und dann die Leistungen weiter erbringen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Die Regierungsbank ist leer!)

Sie wissen selbst, dass etwa 50 % der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen im Haushaltssicherungskonzept sind oder der vorläufigen Haushaltssicherung unterliegen.

(Christof Rasche [FDP]: Warum denn wohl? Wegen der alten Landesregierung!)

Diesen Kommunen gegenüber, den Menschen in diesen Städten gegenüber ist es wie Hohn, wenn Sie solche Äußerungen machen und so tun, als könnte das alles mal so eben kommunal aufgefangen werden. Das ist eine kommunalpolitische Ahnungslosigkeit, die ich selbst von Ihnen nicht erwartet hätte und die hier beim Namen genannt werden muss.

(Beifall von der SPD)

Dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, schon gut ein halbes Jahr nach Amtsantritt so die Bodenhaftung verloren haben, dass Sie schon ein halbes Jahr nach Amtsantritt nur noch so wenig von dem wissen, was real in den Kommunen, Städten und Gemeinden vor sich geht, ist schon ein Unding. Das hätte ich selbst Ihnen nicht zugetraut. Dass Sie vor dem Hintergrund der eigenen Abgehobenheit eine Imagekampagne nötig haben, kann ich gut verstehen. Gut fürs Land ist das nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Börschel. – Herr Dr. Petersen von der CDU-Fraktion hat nun das Wort.

Dr. Jens Petersen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat: Auf der Agenda stehen der zweite Nachtragshaushalt und nicht irgendwelche Planungen für das kommende Jahr.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch auch Haushalt!)

Der zweite Nachtragshaushalt 2005 ist schlicht und einfach die Schlussbilanz und das Resultat rot-grüner Misswirtschaft der letzten Jahrzehnte, Herr Börschel.

(Beifall von CDU und FDP)

Er ist damit auch die Reifeprüfung des ehemaligen Ministerpräsidenten und des ehemaligen Fi-

nanzministers, der an dieser Debatte nicht teilnimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Legen Sie mal eine andere Platte auf!)

Er wird seine Gründe haben, warum er nicht im Saal ist.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie uns einmal gemeinsam bewerten, mit welchem Ergebnis die beiden Verursacher und die sie tragenden Fraktionen bei dieser Prüfung abschneiden. Maßstab sollten fünf Kernbestandteile solider Finanzpolitik sein. Herr Börschel, hören Sie gut zu!

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das erste Thema ist die Transparenz der Finanzen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das zum Thema Steuereinnahmen, Herr Kollege!)

Dazu haben Kollege Klein und Frau Kollegin Freimuth auch etwas gesagt. Alle externen Fachleute haben in der Expertenanhörung bestätigt, dass unter Rot-Grün systematisch Risiken im Haushalt verschleiert wurden und dass systematisch in ausgegliederten Unternehmen Risiken vergraben wurden.

Das Resultat sind rund 900 Millionen € neue, aufgedeckte Schulden, die in diesem zweiten Nachtragshaushalt auftauchen. Im Ergebnis landen wir jetzt bei rund 110 Milliarden € Verschuldung für NRW. Das Fazit heißt da: Schattenhaushalte statt Transparenz.

Das zweite Thema ist die Ehrlichkeit der Finanzpolitik. Zur Ehrlichkeit in der Finanzpolitik gehört, sich wie ein vorsichtiger Kaufmann zu verhalten. Das bedeutet, die Einnahmen vorsichtig abzuschätzen und die Ausgaben realistisch zu bewerten.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Über Jahre sind in NRW – Frau Walsken, hören Sie zu – Steuereinnahmen zu hoch angesetzt worden.

(Gisela Walsken [SPD]: Ach ja? Das hat der Arbeitskreis Steuerschätzung anders beurteilt! Sie waren dabei!)

Im Jahre 2005 haben Sie völlig überhöhte Studienbeiträge im Haushalt angenommen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Darüber reden wir gleich noch!)

Sie haben das nicht vereinnahmte Geld aber sofort wieder ausgegeben. Das muss mit dem zweiten Nachtragshaushalt auch korrigiert werden.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Sie haben völlig unrealistische Verkaufserlöse angesetzt; Frau Freimuth hat das angesprochen. Das waren Luftbuchungen. Das muss jetzt durch neue Schulden im zweiten Nachtragshaushalt aufgefangen werden.

Warum Sie das gemacht haben, ist noch gar nicht diskutiert worden. Sie wollten einen verfassungsmäßigen Haushalt vorlegen; er war allerdings vom ersten Tag an verfassungswidrig.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Sie müssen erst einmal einen Haushalt vorlegen, der verfassungskonform ist! – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, Sie haben in den Universitätskliniken über Jahre einen Investitionsstau auflaufen lassen. Sie haben die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung gestellt. Das Ergebnis ist, dass in diesem Jahr mehrere Landeseinrichtungen und Universitäten kurzfristige Sanierungen in Millionenhöhe durchführen mussten. Das Geld hierzu war im Haushalt nicht vorgesehen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Das alles muss jetzt im zweiten Nachtragshaushalt aufgefangen werden.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Das liegt am Investitionsstau, den Sie zu verantworten haben.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Gegenruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Im Ergebnis handelt es sich dabei um Selbsttäuschung statt Ehrlichkeit. Das war Ihr Prinzip.

(Beifall von CDU und FDP)

Das dritte Thema ist die Verlässlichkeit der Finanzpolitik. Verlässlichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass es Sicherheit für die Beteiligten gibt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Aha! Was ist denn bei Ihnen sicher?)

Das umfasst die mittelfristige Finanzplanung und jeden einzelnen Haushalt.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Petersen, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Walsken?

Dr. Jens Petersen (CDU): Ja, gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Petersen, würden Sie so nett sein, mich aufzuklären, und mir die Haushaltsstelle aus dem Nachtragshaushalt 2005 nennen, die Mittel zur Sanierung von Klinken umfasst?

Dr. Jens Petersen (CDU): Frau Walsken, das mache ich gern.

(Gisela Walsken [SPD]: Dann nennen Sie sie mir!)

– Das kann ich nicht von diesem Rednerpult aus tun. Ich suche das aus einem dicken Opus heraus, das Sie so gut kennen wie ich.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Ich habe es nicht gefunden!)

Herr Ministerpräsident Steinbrück hatte die Sanierung des Haushaltes versprochen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Der ehemalige Finanzminister, der an dieser Debatte gerade nicht teilnimmt, hatte die Einhaltung des Etats im Jahre 2005 versprochen. Tatsache ist, dass es seit 2003 in jedem Jahr mindestens einen Nachtragshaushalt gab, in den mehrere hundert Millionen Euro zusätzliche Schulden aufgenommen werden mussten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Warten wir mal ab!)

Verlass war auf Sie immer nur, dass Ihre Planungen nicht erreicht wurden.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Jedes Jahr wurde die Differenz größer zwischen dem, was Sie versprochen haben, und dem, was gehalten wurde.

(Beifall von der CDU und Christof Rasche [FDP])

Ihr Markenzeichen sind gebrochene Versprechen statt Verlässlichkeit.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Das vierte Thema ist die Ausgewogenheit der Finanzpolitik. Eine solide Mittelverteilung nach Augenmaß kennzeichnet eine ausgewogene Finanzpolitik. Das heißt auch, dass weder Regionen noch bestimmten Branchen – Frau Walsken hören Sie zu –

(Gisela Walsken [SPD]: Immer!)

unangemessene Vorteile oder Nachteile eingeräumt werden. Die Realität nach 39 Jahren rot-grüner Regierung sieht hierbei anders aus.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Wir haben sicherlich länger über große Ausgabenpositionen und kürzer über kleine Ausgabenpositionen zu sprechen. In diesem Nachtragshaushalt sind 3 % von der neuen Regierung und 97 % von der alten Regierung zu verantworten.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Vertreter beider Oppositionsparteien – das hat sich heute wieder bewiesen – waren weder bereit noch in der Lage, dies anzuerkennen. Für die Schulden-Milliarden sind Sie verantwortlich. Jeder in diesem Hause weiß das.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Ei! – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Oh!)

Fünftens. Die Entschlossenheit der Beteiligten entscheidet am meisten. Entschlossenheit heißt, die als notwendig erkannten Entscheidungen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Ein Aussitzen zulasten Dritter, beispielsweise zulasten späterer Generationen, findet dann nicht statt.

Sie haben diesen Konsolidierungskurs im Haushalt auch als notwendig erkannt. Sie haben diesen Kurs aber nicht verfolgt. Sie haben versucht, sich mit Tricks durchzumogeln, bis hoffentlich bessere Zeiten kommen.

Entschlossenheit herrschte bei Ihnen immer nur dann, wenn es um die Unterlassung des Notwendigen ging. Im Ergebnis hat jeder Bürger im Land Nordrhein-Westfalen rund 6.300 € originäre Landdenschulden.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Das ist mehr als in jedem anderen westdeutschen Flächenland.

Es ist Entschlossenheit, dass der neue Finanzminister unmittelbar nach der Regierungsübernahme eine Haushaltssperre verhängt hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Oh ja! Wo sind denn die Einnahmen aus der Haushaltssperre?)

Damit wird nach innen und außen deutlich dokumentiert, dass radikal gespart werden muss.

Ich frage den immer noch nicht anwesenden ehemaligen Finanzminister Dieckmann: Warum

haben Sie im Frühjahr dieses Jahres keine Haushaltssperre verhängt?

(Finanzminister Dr. Helmut Linsen: Da war die Wahl! – Gisela Walsken [SPD]: Da kommt er gerade!)

Wankelmut statt Entschlossenheit war Ihr Kennzeichen.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Wo sind denn die Einnahmen? – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, welches Gesamtergebnis erhalten wir für die rot-grüne Haushaltspolitik der Herren Steinbrück, Dieckmann und der sie tragenden Fraktionen? Nach rot-grüner Lesart konnten schlechte Zensuren in Kernfächern immer mit guten Noten in anderen Fächern ausgeglichen werden.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

In der Finanzpolitik haben Sie, Herr Sagel, und Rot-Grün sich so immer wieder mit guten Noten in Schaumschlägerei und Augenwischerei herauszuretten versucht.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

Damit ist jetzt aber Schluss: Unter dem neuen Finanzminister und unter der neuen Landesregierung wird dies nicht mehr möglich sein.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

Und so erhalten der ehemalige Ministerpräsident und der Finanzminister die angemessene Quittung. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Expertenanhörung – das ist nicht allen im Hause bekannt – hierzu Einiges beitragen konnte.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist eine Erfolgsgeschichte! Das ist richtig!)

Die SPD hat auf die Expertenanhörung ausdrücklich verzichten wollen, weil sie wusste, dass diese Expertenanhörung für sie mit einer Blamage enden würde.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Da lachen ja die Hühner! – Weitere Zurufe)

Die neue Regierung ist ausdrücklich von den Experten gelobt worden. Es hieß: Endlich Transparenz, endlich Ehrlichkeit, endlich Entschlossenheit. Insofern setzt der zweite Nachtragshaushalt

erste Duftmarken für einen neuen finanzpolitischen Stil dieser Koalition der Erneuerung.

Auch wenn Ihnen von der Opposition das kaum vorstellbar erscheint: Wir halten das, was wir versprechen, Frau Walsken.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Zurufe von der SPD)

Und daher werden wir noch viele Jahre lang erfolgreich Haushalte einbringen und Sie noch viele Jahre lang als Opposition daran herumkritteln. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Petersen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben heute ungefähr sechs Monate, nachdem diese Regierung die Regierungsverantwortung übernommen hat, zum wiederholten Male folgendes Schauspiel: Sie halten Oppositionsreden. Sie verwechseln Opposition mit Regieren. Sie übernehmen keine Verantwortung für Ihr eigenes Handeln. Sie fallen deutlich hinter das zurück, was Sie vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will Ihnen das an wenigen Punkten deutlich machen.

Worüber reden wir hier? – Wir reden über einen Nachtragshaushalt, mit dem – das unterstelle ich Ihnen in der Tat – Sie einen künstlichen Gipfel schaffen wollen, von dem Sie sich dann in den nächsten Jahren stückweise wieder entfernen wollen, um erklären zu können, Sie hätten die Neuverschuldung des Jahres 2005 gesenkt.

Warum werfe ich Ihnen das vor? – Drei Viertel dessen, was wir heute an zusätzlichen Schulden beschließen und hier in diesem Nachtragshaushalt verankert sehen, geht zurück auf Mehrausgaben. Nur ein Viertel geht zurück auf Mindereinnahmen. Die Mindereinnahmen – Sie haben es angesprochen – gehen zurück auf Steuerminderungen gegenüber den Erwartungen.

Damit wir das ein Stück weit relativieren, was Sie dort tun: In allen Bundesländern – und Sie regieren in der Mehrzahl der Bundesländer – sind die Steuereinnahmen hinter dem zurückgeblieben, was jeweils auch Ihre Finanzminister etatisiert ha-

ben. Das ist die Wahrheit. Nichts anderes ist das auch hier gewesen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Worüber reden wir bei den Mehrausgaben? – Wir reden bei drei Vierteln dessen, was Sie heute an Schulden aufnehmen, über Mehrausgaben, bei denen Sie sich regelmäßig dahinter verstecken, dass sie allein darauf zurückzuführen seien, dass es Schattenhaushalte gebe. Da ist zum einen der BLB. Da sind zum anderen die anderen Betriebe. Über 600 Millionen € dessen, was Sie heute im Nachtragshaushalt verankern, setzen Sie in den BLB.

Nun will ich Ihnen nicht verheimlichen, dass auch ich der Auffassung bin, dass der BLB in den nächsten Jahren zusätzliches Geld braucht. Das liegt an dem Konstrukt insgesamt. Das wird in den nächsten Jahren stückweise mehr. Das liegt auch daran, dass er aus Brandschutzgründen Renovierungen vornehmen muss, und zwar zum Beispiel bei den Universitäten. Der gesamte Investitionsstau, der sich in den nächsten Jahren dort anhäuft und den übrigens jede Regierung als Problem gehabt hätte und der nicht von der letzten und auch nicht dieser Regierung verursacht wurde, sondern der einfach vor uns liegt, wird sich an dieser Stelle ein Stück weit manifestieren.

Deswegen brauchen Sie aber nicht über 600 Millionen € an diesem Punkt in diesem Nachtragshaushalt zu etatisieren. Sie könnten das in der Tat genauso gut in den nächsten Jahren jeweils dann, wenn die Erfordernisse da sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt konkret, Sie schaffen hier einen künstlichen Berg, damit Sie sich in den nächsten Jahren gut darstellen können.

Haushaltspolitisch kann ich das nachvollziehen. Eine Opposition, die eine Regierung übernimmt, macht das gerne. Dass Sie dann aber von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit reden und sich dann hier als die Guten verkaufen, das ist auch an dieser Stelle völlig daneben und hat keinen anderen Sinn, als – jetzt komme ich in der Tat in diesem Zusammenhang zu 2006 – sich eine gute Ausgangsbasis für 2006 zu schaffen.

Gucken wir uns die Zahlen 2006 an. Wenn wir den BLB, wenn wir die Sondereinflüsse, wenn wir die Steuermindereinnahmen herausnehmen, dann sehen wir, dass Sie mit dem Haushalt, den Sie sich so an die Fahne heften, dessen Sie sich so rühmen, bis auf ungefähr 200 Millionen € genau bei dem wären, was Rot-Grün auch angesetzt hätte, wenn Sie nicht diese künstlichen Aktionen

veranstalteten, von denen ich gerade gesprochen habe.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Gisela Walsken [SPD]: Richtig!)

Es geht also dann höchstens um eine Spitze von 200 Millionen €. Das ist der Sinn und Zweck dieser Aktion. Sie wollen, weil Sie Ihre eigenen Versprechen nicht einhalten können – für das Jahr 2005 nicht und für das Jahr 2006, wo Sie die Verantwortung schon übernehmen, ebenfalls nicht –, uns hier heute etwas an die Backe heften, was dort nicht hingehört.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, was ist Ihr Versprechen? – Sie wussten – Frau Freimuth hat es eben noch einmal gesagt – seit zehn Jahren, in welchem Zustand die Haushalte sind. So sagten Sie es sinngemäß. Wenn Sie das wussten, wie kommen Sie dann eigentlich dazu, im Wahlkampf 2005 die gesamten Versprechen zu machen, die Sie gemacht haben? Sie haben 8.000 neue Lehrerstellen versprochen – oder 7.000, je nachdem, welche Zahl man nimmt. Sie haben Versprechen gemacht hoch und runter zur Landesjugendförderung. Sie haben versprochen hoch und runter. Aber nichts davon haben Sie gehalten.

Sie wussten angeblich, in welchem Zustand die Haushalte waren. Trotzdem haben Sie gesagt, Sie verbinden die Haushaltskonsolidierung mit Mehrausgaben. Sie haben sich diese Regierung – das muss ich Ihnen deutlich sagen – unter Vortäuschung falscher Tatsachen erschlichen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Insofern ist es heute, sechs Monate nach Ihrem Regierungsantritt, an der Zeit, Ihnen deutlich zu sagen: Ab jetzt werden Sie an dem gemessen, was Sie machen. Es geht nicht, dass Sie dieses Spiel hier weiter spielen. Herr Klein, das gilt auch für Ihre Rede vorhin.

Dazu will ich Ihnen auch noch etwas sagen, Herr Klein. Sie arbeiten sich in Ihrer Rede zu drei Vierteln an dem ehemaligen Ministerpräsidenten ab. Der heißt, glaube ich, Steinbrück. Der ist jetzt der Finanzminister der großen Koalition in Berlin.

(Zuruf von der CDU: Schlimm genug!)

Sie werden als Landesregierung mit diesem Finanzminister zu tun haben. Entweder ist der so unseriös, wie Sie behaupten, dann frage ich mich, wie Sie mit ihm in Zukunft zusammenarbeiten wol-

len und mit ihm nach dieser Rede klarkommen wollen.

(Zurufe von der CDU)

Oder der ist nicht so unseriös. Dann waren Sie vorhin unseriös.

Meine Damen und Herren, von all den Versprechungen ist faktisch sehr wenig übrig geblieben.

Ob Sie die Schattenhaushalte auflösen, von denen Sie sprechen, werden wir sehen, wenn wir uns Ihren Haushaltsentwurf zum Einzelplan 20 sehr genau angucken können. Den haben wir ja bisher noch nicht gesehen.

Ich bin zum Beispiel gespannt darauf, ob bei Ihnen eine Position „Verkauf von Forderungen“ fehlen wird. Ich bin zum Beispiel gespannt darauf, ob bei Ihnen eine Position fehlen wird „Erlöse aus dem Verkauf einer Stiftung an die katholische Kirche“, womit auch die Vorgängerregierung jeweils Probleme hatte. Wir könnten viele dieser Positionen durchgehen. Wir werden dann in der Praxis sehen, ob Sie realistischer sind.

Bei der Steinkohle, Frau Kollegin Freimuth, haben Sie große Ankündigungen gemacht. Was ist dabei herausgekommen? – Sie sind noch nicht einmal als Bettvorleger gelandet im Verhältnis zu dem, was Sie da veranstaltet haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

Sie wollen sparen und geben im nächsten Jahr – das ist dieses Jahr schon vielfach angekündigt worden – 11 Millionen € für den Flughafen Münster/Osnabrück aus. Sie wollen sparen und geben 10 Millionen € für Ihr Klientel in der Landwirtschaftskammer aus. Sie sparen nicht. Sie verteilen an Ihr Klientel. Der Kollege Sagel hat Recht, und Sie haben Unrecht. Sie wollen uns etwas an die Backe heften, was Sie selber tun.

Der Kollege Börschel hat schon darauf hingewiesen: Wir sind sehr gespannt – auch das gehört in die Nachtragshaushaltsdebatte –, wie Sie mit den Kommunen umgehen. Natürlich, im Moment sieht es so aus, als ob sich nicht viel verändert. Im Moment sieht es so aus. Trotzdem – wer genau hinschaut, weiß, dass auch dieses Jahr bereits die Veränderungen durchschlagen: Ursprüngliche Kürzungen bei der Städtebauförderung 32 Millionen €, zurückgenommen davon 19 Millionen €, immer noch nicht entsperrt 13 Millionen €. Das ist Geld, das den Kommunen für wichtige Projekte fehlt und das der Konjunktur fehlt.

Meine Damen und Herren, ob Sie die Zweckzuweisungen, die Sie – von der Systematik her kann ich das durchaus nachvollziehen – aus der Verbundmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes herausnehmen, dann an anderer Stelle im Haushalt etatisieren – keiner von uns weiß das. Ob den Kommunen das Geld fehlt, ob es der Konjunktur fehlt – wir wissen es nicht. Eines wissen wir allerdings: Bei Ihren Steuereinnahmen, bei Ihrer Planung für das Jahr 2006 gehen Sie von einem Konjunkturwachstum von 1,8 % aus. Das kann gelingen, weil die Konjunktur im Moment etwas zu drehen scheint. Aber es kann eben auch sehr gut sein, dass es Ihnen nicht gelingt. Und wenn es Ihnen nicht gelingt, werden Sie im nächsten Jahr das gleiche Problem haben, das die Landesregierung in den letzten Jahren hatte und das Ihre Landesfinanzminister in anderen Ländern hatten, nämlich das Problem, dass Sie hinter Ihren geschätzten Steuereinnahmen zurückbleiben.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Ich sage Ihnen: Wenn das der Fall wäre, wären das Ihre Fehler und nicht die der anderen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Becker, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möbius?

Horst Becker (GRÜNE): Gern.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Möbius.

Christian Möbius (CDU): Herr Kollege Becker, sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass im Nachtragshaushalt, über den wir jetzt sprechen, zugunsten der Kommunen eine Kostenerstattung für geduldete ausländische Flüchtlinge in Höhe von 80 Millionen € bereitgestellt worden ist?

Horst Becker (GRÜNE): Also, ich danke Ihnen ausdrücklich für diese Vorlage, Herr Kollege. Ich bin nicht nur bereit, das zur Kenntnis zu nehmen, sondern ich habe aus den Protokollen dieses Jahres auch zur Kenntnis genommen, dass Sie regelmäßig gefordert haben, dass dies als Landesaufgabe ausschließlich vom Land finanziert werde; das haben Sie aber nicht umgesetzt, Herr Kollege. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kollege Becker. – Für die FDP spricht nun noch einmal Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Becker, ich will jetzt gar keine Diskussion anfangen – nehmen Sie einfach zur Kenntnis: Bettvorleger will ich weder bei Ihnen noch bei irgendjemandem sonst sein.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP)

Allerdings, zu einer Sache erlauben Sie mir dann doch den Hinweis – ganz kollegial –: Wir haben immerhin verabredet, dass wir aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aussteigen werden. Eine solche Verabredung haben Sie in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung niemals hingekriegt.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir werden auch nach wie vor alles daransetzen und dafür arbeiten und kämpfen, dass wir aus dem subventionierten Steinkohlebergbau auch aussteigen, weil wir das Geld nämlich für wichtigere Investitionen brauchen.

Zu dem Thema der Kliniken, das vorhin schon angesprochen wurde, und zu der Frage, wie man miteinander umgeht! Ich halte das wirklich für einen Knaller: Sie haben Haushalte der nachfolgenden Jahre, für die Sie keine Legitimation mehr hatten, durch Verpflichtungsermächtigungen in einer Art und Weise gebunden, deren Bewertung wir sicherlich noch gesondert vornehmen werden.

Wenn der Kollege Börschel hier vorhin das Gemeindefinanzierungsgesetz angesprochen hat, dann erlauben Sie mir ebenfalls nur einen ganz kleinen kollegialen, freundschaftlichen Hinweis: Sie sind es gewesen, die Kreditierungen vorgenommen haben, die die Kommunen in den Jahren 2005 und 2006 zurückzahlen müssen, und zwar völlig unabhängig davon, ob Sie sie in die Lage versetzt haben, was durch eine gesunde echte Gemeindefinanzreform nach FDP-Vorschlag möglich gewesen wäre.

(Gisela Walsken [SPD]: Fehlende Steuereinnahmen!)

– Frau Kollegin Walsken, was die Steuereinnahmen angeht, können wir uns gern unterhalten. Lassen Sie uns aber zunächst einmal im Detail angucken, wie es mit den Steuereinnahmen gelaufen ist. Wo sind Ihre Beiträge dazu gewesen, dass wir im Land Nordrhein-Westfalen mehr Steuereinnahmen haben? Wo sind Ihre Beiträge

dazu gewesen, dass wir Menschen wieder in sozialversicherungspflichtige, steuerpflichtige Beschäftigung bekommen? Da liegt doch der Hase im Pfeffer.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben Ihre verfassungswidrigen Haushalte – die Überschreitung der Verfassungsobergrenze – mit einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begründet und unter anderem die hohen Arbeitslosenzahlen angeführt. Aber nicht mit einer einzigen Maßnahme in Ihren Haushalten über die Verfassungsgrenze hinaus haben Sie Schritte unternommen, die tatsächlich zur Abwendung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – unabhängig von der Frage, ob sie hier im Land Nordrhein-Westfalen überhaupt bestanden hat; die Diskussion darüber haben wir ausgeklammert – geführt hätten. Sie haben es vielmehr unterlassen, diese Störung abzuwenden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. – Für die Landesregierung spricht nun der Finanzminister, Herr Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss der Debatte Fragen beantworten, die im Laufe der Diskussion heute gestellt wurden.

Ich fange mit dem Kleinsten an: Frau Kollegin Walsken hat den Kollegen Petersen gefragt, wie denn die Stelle im Nachtragshaushalt heiße, in der zu den Kliniken Aachen, Düsseldorf und Essen etwas ausgesagt ist, nämlich das, was für Investitionen noch nachfinanziert werden musste. Das finden Sie in der Haushaltsstelle 891 30.

(Gisela Walsken [SPD]: Nee, nee!)

Das sind einmal 4 Millionen € für Aachen, einmal 4 Millionen € für Essen und einmal 3 Millionen € für das Klinikum Düsseldorf. Ich vermute allerdings, dass Sie darauf hinaus wollten, dass ansonsten der gesamte Bedarf über den BLB gedeckt werden sollte. Aber das ist, glaube ich, das, was Sie hier heute erfahren können.

Ich würde gern in einer zweiten Anmerkung auf die Steuerschätzungen der verehrten Kollegin Walsken zu sprechen kommen. Sie hat hier vortragen, dass wir ja über 35 Milliarden € Steuern einnehmen. Sie hat dann offensichtlich auf die 34,3 Milliarden € im Haushalt die per Ende November von uns im Internet dargestellten 822 Mil-

tionen € Mehreinnahmen zu diesem Betrag addiert.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, Frau Kollegin Walsken, dass wir per Ende November 29.682.239.000 € auch im Internet ausgewiesen haben. Auf diesen Betrag können Sie dann die 822 Millionen € draufrechnen; dann bleibt der Dezember unsicher. Ich sage Ihnen ganz offen: Das ist auch im vorigen Jahr der stärkste Monat gewesen. Ob wir den erreichen werden, wissen wir nicht. Also werden wir einen Deubel tun und die 822 Millionen € minus 430 Millionen € – das heißt also 390 Millionen € – dann als Plus im Haushalt ausweisen. Wir gucken uns lieber erst einmal den Monat Dezember an und warten das ab. Solche Luftnummern, wie sie früher – mit Ihrer Hilfe – gemacht wurden, werden in dieser Regierung nicht gemacht.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich darf auf einen dritten Punkt kommen, der im Laufe der Debatte eine Rolle gespielt hat: Sie haben immer wieder davon gesprochen, es würde eine Klientelpolitik für die Landwirtschaft gemacht und das Kindertagesstättengesetz würde vernachlässigt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist es!)

– Ich kann nachvollziehen, Herr Kollege Sagel, dass Ihnen das besonders am Herzen liegt, aber ich will Sie darauf aufmerksam machen, dass sich Rot-Grün darauf geeinigt hatte, Ende 2004 ein Gutachten in Auftrag zu geben, in dem verbindlich festgelegt werden sollte, wie die Anteile sind, die die Kammer selbst über die Kammerumlage zu finanzieren hat und was Teil der öffentlichen Hand, das heißt des Landes Nordrhein-Westfalen ist.

Dieses Gutachten ist Ende 2004 vom Finanzministerium in Auftrag gegeben worden – nicht von uns. Was darin steht, können Sie nachlesen; ich habe auch nichts dagegen, dass es veröffentlicht wird, wenn es durch das Kabinett gegangen ist, aber das ist es noch nicht. Das Gutachten sagt: Im Jahre 2006 ist der Anteil des Landes 100,5 Millionen €. Dort ist fein säuberlich aufgesplittet, was wirklich Aufgabe ist, was über die Kammerumlage bezahlt werden muss und was das Land bezahlt. Das ist mehr als bisher.

Ich darf Sie auch darüber aufklären, dass diese 100,5 Millionen € für 2006 um rund 12,5 Millionen € Einnahmen vermindert wurden. Dann sind wir bei 88,1 Millionen €. Davon habe ich dem Kollegen Uhlenberg im Laufe der Verhandlungen – obwohl er zu Recht gebeten hat, bei dem Gutach-

ten zu bleiben, weil das die kodifizierte Lage ist, die die alte Regierung haben wollte – noch 2,5 Millionen € „aus den Rippen geleierte“. Dann war ich bei 85,6 Millionen €. Diese stehen im Haushalt des Jahres 2006. Die können sie natürlich mit den Ausgaben des Jahres 2005 – 75,3 Millionen € – vergleichen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: So ist das!)

Dann haben Sie 10,3 Millionen € Mehrausgaben. Aber es ist eine Frage der Betrachtungsweise: Sehe ich das in Bezug auf 2005, oder sehe ich das, was Rot-Grün wirklich ausgeben wollte, nämlich die 100,5 Millionen €?

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Sie wissen auch, dass die Kammer am Ende war. Sie wissen, welche öffentliche Diskussion es darüber gegeben hat. Sie wäre – da hat der Kollege Uhlenberg völlig Recht – im Jahre 2006 erledigt gewesen, wenn wir nicht auf der Grundlage dieses Gutachtens diesen Betrag bewilligt hätten.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Reduzieren!)

Das ist keine Klientelpolitik, sondern das, was Sie politisch gewollt haben! Das führen wir durch.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich komme zu ein paar Bemerkungen über den Haushalt. Ich hätte mich auch noch furchtbar gerne an dem Kollegen Börschel abgearbeitet, aber er hat nun wirklich nicht über 2005 gesprochen, sondern nur über 2006, und er hat über ein GFG spekuliert, das er nicht kennt. Das machen wir zu gegebener Zeit, wenn Sie das GFG kennen. Dann wird all das, was Sie hier vorgetragen haben, wie ein Kartenhaus zusammenfallen, Herr Kollege Börschel, weil die Kommunen im Haushalt 2006 sehr gut wegkommen. Das darf ich Ihnen jetzt schon versprechen.

Ich rate der vereinigten Opposition, sich irgendwann klar darüber zu werden, ob Sie uns deswegen beklagen, weil wir nicht genug konsolidieren, nicht genug sparen, oder weil wir zu viel sparen, das heißt Kahlschläge veranstalten. Dazu müssen Sie sich irgendwann durchringen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben aber beides versprochen!)

Sie erklären uns permanent, mit 5,88 Milliarden € Nettoneuverschuldung für 2006 hätten wir noch zu viel Schulden gemacht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Damit erfüllen Sie nicht Ihre Wahlversprechen!)

– Nein, wir sprechen jetzt nicht über Wahlverspre-

chen. Sie können im Einzelnen nachlesen, was wir da gesagt haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sicher sprechen wir über Wahlversprechen!)

Wir sprechen jetzt über den Haushalt 2005,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ach, der hat mit den Wahlversprechen nichts zu tun?)

und da erklären Sie, wir hätten nicht genug gespart. Sie müssen sich irgendwann einmal zu einer klaren Haltung durchringen, sonst wird das nichts mit Ihrer Opposition, um es klar zu sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann hat die Kollegin Walsken darauf aufmerksam gemacht, wir verantworteten die horrende Nettoneuverschuldungssumme von 7,4 Milliarden €. Frau Kollegin Walsken, Ihre Fraktionsvorsitzende wusste das schon etwas besser. Sie erinnern sich an die erste Lesung, als sie hier aufgetreten ist und gesagt hat: Das, was an Einnahmen ausgefallen ist, müssen wir wohl verantworten.

Wir verantworten ein paar kleine Ausgaben in Höhe von 200 Millionen €, die höher ausgefallen sind. Bezüglich der Pandemie ist beispielsweise die Ausgabe von 33 Millionen € dazugekommen, die wir später ja noch einmal erhöhen mussten. Die würden Sie auch verantworten.

Der Kollege Sagel war so freundlich, für die Grünen zu erklären, dass er das, was wir an Zuweisungen zur BVG gemacht haben, auch übernehmen würde und auch für richtig hielte. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie das addieren, kommen Sie von den 2,1 Milliarden € höherer Nettoverschuldung im zweiten Nachtrag bei der SPD auf rund 1,2 Milliarden €, die sie gerne übernehmen würde – natürlich wollen Sie nicht BLB und BVG, darüber können wir gesondert sprechen –, und die Grünen übernehmen 1,5 Milliarden €. Wenn Sie uns dann irgendetwas vorwerfen, kapriziert sich die ganze Diskussion auf BLB und BVG, so wie ich es von Anfang an getan habe.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

In der Anhörung haben Sie von den Gutachtern Entsprechendes gehört. Darüber haben Sie hier nichts erzählt, weil Sie dort so schlecht abgeschnitten haben, weil die Gutachter und Experten uns Recht gegeben haben. Nur, hören Sie doch auf, Frau Walsken, zu erzählen, da würden Sparstrümpfe angelegt. Wenn wir diese beiden Betriebe entschulden – das passiert, das wissen Sie

auch, weil Sie beim BLB in allen Sitzungen dabei gewesen sind –,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Aha!)

dann nehmen wir Schulden, die der Betrieb gemacht hat, in die Landesschulden hinein. Das ist im Rahmen einer Konzernbetrachtung das Normalste, was es gibt. Dann wird nicht irgendwo Geld angelegt, das wir irgendwo verbrauchen können.

Sie kennen doch die Zahlen des BLB. Sie kennen die Budgetierung für die nächsten Jahre. Dann wissen Sie, dass dort operativ nach wie vor kein Gewinn gemacht wird. Wo sollen wir da irgendwo einen Sparstrumpf haben? Ich hätte ihn gern. Vielleicht wären Sie so clever gewesen und hätten das gemacht. Ich mache es aber nicht, weil ich mich mit jeder Zahl dieses Haushalts sowohl im Nachtrag als auch im Haushalt 2006 vor jede Öffentlichkeit stellen und klar machen werde – das wird auch bewiesen werden –, dass Ehrlichkeit und Transparenz die Markenzeichen dieser Regierung sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte zum Schluss auf eine Bemerkung des Kollegen Becker zurückkommen. Die rot-grüne Vorgängerregierung hat bei den Einnahmen bestimmte Positionen angesetzt; ich darf sie vielleicht noch einmal genussvoll zitieren: 230 Millionen € beim BLB, die nicht gekommen sind, 105 Millionen € beim Verkauf von Beteiligungen, die nicht gekommen sind – das war die berühmte Geschichte, wo Sie nachgefragt haben im Berichterstattungsgespräch –, Schul- und Studienfonds 50 Millionen €, Studiengebühren 45 Millionen € – alles nicht realisiert; insgesamt Ausfälle von 584 Millionen €!

Sie werden in dem von dieser Regierung aufgestellten Haushalt des Jahres 2006 keine solchen Positionen finden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden solche Luftbuchungen nicht vornehmen – damit das ganz klar ist. Hier wird kein Tafelsilber verkauft. Hier werden keine globalen Minderausgaben gemacht. Dies ist ein Haushalt der Transparenz und der Ehrlichkeit. Daran lassen wir uns auch messen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Walsken das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das kann man so nicht stehen lassen. Deshalb möchte ich mich an einigen Stellen gerne noch einmal mit Ihren Zahlen auseinander setzen, Herr Finanzminister. Es bleibt bei dem, was ich vorhin gesagt habe: Sie starten mit 7,4 Milliarden € und damit mit einer Rekordverschuldung, die nicht nötig wäre.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wäre für dieses Jahr absolut nicht nötig; denn in einen wirtschaftlich gesunden Betrieb – die Kolleginnen und Kollegen aus der CDU und der FDP sind in den Verwaltungsratsitzungen ja dabei –, einen Betrieb, der sich am Markt behauptet hat, einen Betrieb, der nicht einmal Liquiditätsprobleme hat, ohne Not 1,2 Milliarden € herüberzuschieben ist eine Operation, die nicht seriös ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie daran erinnern, dass wir sehr wohl auch Teile des Nachtragshaushalts auf unsere Kappe genommen haben, muss ich sagen: Das sind genau die Teile, die wir auch seriös decken würden, ohne zusätzliche Schulden aufzunehmen – genau die Summe von 1,2 Milliarden €.

Sie ist nicht seriös, weil die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in unserem Lande dies finanzieren. Und genau das werfe ich Ihnen vor, Herr Dr. Linssen.

Damit bin ich bei Ihrer Operation Steuereinnahmen. Herr Dr. Linssen, Sie versuchen seit drei Monaten, uns im Haushalts- und Finanzausschuss jedes Mal zu erklären, die Steuereinnahmen brächen weg. Das haben Sie im September gemacht; das haben Sie im Oktober gemacht; das haben Sie im November gemacht. Tatsache ist – Sie haben das selbst veröffentlicht –, dass wir im Moment 3 % mehr Steuereinnahmen haben als kalkuliert, also 820 Millionen € Mehreinnahmen – die Sie in diesem Haushalt verschweigen, Herr Finanzminister!

(Beifall von der SPD)

Wenn wir über Transparenz und Klarheit reden, dann fordere ich Sie hier auf: Schreiben Sie das in den Haushalt hinein! Sie hätten die Ergänzungsvorlage nutzen können, um diese Summe zusätzlich hineinzuschreiben.

(Beifall von der SPD)

Sie hätten Ihre so groß angekündigte Haushaltsperre nutzen können, um eine globale Minderausgabe im Haushalt auszubringen. Geredet haben Sie von 100 Millionen €. Im Haushalt steht

nichts. Das ist eine zusätzliche Aufblähung der Verschuldung, meine Damen und Herren.

An dieser Stelle werden wir Sie immer wieder stellen; denn die Verschuldung ist das eine, die Aufblähung der Verschuldung das andere. Jetzt einen Haushalt für 2006 vorzulegen, mit dem schon bei seiner Einbringung so viele Schulden aufgenommen werden sollen wie noch nie zuvor in diesem Lande, das ist der Gipfel der „seriösen Finanzpolitik“, meine Damen und Herren: 5,9 Milliarden €

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zahlreiche Zurufe von der CDU)

Was Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit betrifft, will ich einen weiteren Punkt kurz ansprechen: Es gehört auch zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, darzustellen, warum ich 1,2 Milliarden € in einen Betrieb stecke, von dem ich weiß, dass er es in diesem Jahr überhaupt nicht nötig hat. Ich kann hier doch nicht hingehen, eine Luftbuchung vornehmen und von Schattenhaushalten reden, von denen ich bereits heute weiß, dass ich dieses Geld in den nächsten Jahren – deshalb ist das Ganze ein Sparstrumpf – wieder in den Haushalt zurückführen kann – nämlich dann, wenn ich nach außen hin darstellen will, wie optimal ich mit dem Geld umgehe.

Das war zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig. Herr Finanzminister, Sie wissen das auch; denn Ihre Kolleginnen und Kollegen haben mit im Verwaltungsrat gesessen. Sie appellieren immer wieder an die Seriosität, und deshalb reden wir hier auch nicht darüber. Sie wissen es aber ganz genau.

Meine Damen und Herren, ich resümiere: Ihre eigene Messlatte, die Neuverschuldung zurückzuführen, ist gerissen. Sie haben höhere Schulden gemacht. Sie haben weniger Chancen, aber zusätzliche Privilegien für wenige eröffnet – auch für 2006. Das ist eine Politik ohne Herz und Verstand. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walsken. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch Herrn Sagel angemeldet.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

– Er verzichtet. – Dann hat Herr Witzel noch 20 Sekunden, die er gerne auch noch verbrauchen möchte. Das reicht gerade für eine Begrüßungs- und eine Abschiedsformel. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Frau Kollegin Walsken, ein Nachtrag zum Thema Wahrheit und Klarheit: Was systematisch auffällt – deshalb gibt es für diejenigen, die jetzt in der Verantwortung stehen, auch gar keine Alternative dazu, einen Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen –, ist der Umstand, dass unmittelbar bis zum Termin der Landtagswahl viele Ansätze, die auf das Jahr angelegt waren, überproportional ausgegeben wurden. Schauen Sie sich nur einmal im Bildungsbereich an, wie dort auf Ganztagsmittel und auf Vertretungsmittel weit überproportional zugegriffen wurde. Ohne einen Nachtragshaushalt könnten daher viele Angebote seit der Sommerpause nicht mehr stattfinden.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Witzel. – Jetzt hat noch einmal der Finanzminister, Herr Dr. Linssen, das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch ein paar Bemerkungen zu den Behauptungen von Frau Walsken: Frau Walsken hat gerade gesagt, wir würden den beiden Betrieben BLB und BVG 1,2 Milliarden € herüberschieben. Ich darf Sie auf Folgendes aufmerksam machen, Frau Walsken: Es sind 613 Millionen € für den BLB und 330 Millionen € für die BVG – die Kapitalmaßnahme, die auch die Grünen für richtig halten –, also zusammen 943 Millionen €. Ich vermute, dass Sie bei Ihrer Zahl auch die Ausstattung des Länderfinanzausgleiches von 400 Millionen € eingerechnet haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Nein, Herr Kollege!)

Diesen wollten Sie nach Aussage Ihrer Fraktionsvorsitzenden aber mittragen. Das hat sie jedenfalls hier so erklärt.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Erwähnen Sie hier also nicht eine Zahl von 1,2 Milliarden €.

(Gisela Walsken [SPD]: Doch! Es sind 1,2 Milliarden €)

– Sie können natürlich auch noch dazurechnen, was Sie an Einnahmen in Bezug auf Verkäufe des BLB nicht realisieren konnten.

(Gisela Walsken [SPD]: Nein, das gehört dort nicht hinein!)

Dieser Diskussion haben wir uns immer gestellt und stellen wir uns auch gerne; denn je mehr Sie darin herumrühren, desto klarer wird natürlich

auch der Öffentlichkeit, welche Luftnummern Sie hier gebaut haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu den Steuereinnahmen habe ich einmal im Haushalts- und Finanzausschuss eine Bemerkung zum September-Ergebnis gemacht. Ich habe – so erinnere ich mich – nicht zu mehreren Monaten, sondern nur zum September erklärt, dass dieser Monat einen Einbruch gebracht hat. Das stimmt auch so. Wir haben bisher ein ordentliches Ergebnis per Ende November von 822 Millionen € Plus gegenüber 2004.

Frau Walsken, obwohl Sie es besser wissen, haben Sie wieder die Bemerkung gemacht, ich hätte diesen Betrag in den Nachtragshaushalt einstellen können. Sie wissen ganz genau, dass Ihre Regierung, Ihr Finanzminister, Kollege Dieckmann, 430 Millionen € Plus für 2005 eingestellt hatte. Wir sprechen also über eine Differenz von 390 Millionen €. Da der Dezember ein steuerstarker Monat ist und wir nach allen Expertenmeinungen nicht sicher sein können, dass die Steuern in gleicher Höhe wie 2004 wieder hereinkommen, kann ich auch diese 390 Millionen € Plus, die wir derzeit haben, nicht in den Haushalt einstellen.

(Beifall von der CDU)

Das sage ich zum Schluss noch einmal, damit Ihre Zahlen korrigiert werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksachen 14/300 und 14/800. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/900**, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse zur zweiten Lesung anzunehmen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **angenommen** und der **Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet**.

Gemäß § 68 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die dritte Lesung des Nach-

tragshaushalts unmittelbar anzuschließen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Beratungsgrundlagen für die dritte Lesung sind wie vorhin die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 14/900. Ich weise darauf hin, dass es noch einen Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/918 gibt.

Eine Debatte in der dritten Lesung ist nicht mehr vorgesehen.

Wir kommen direkt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksachen 14/300 und 14/800 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/900. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der **Gesetzentwurf in dritter Lesung** endgültig verabschiedet und **angenommen**.

Wir kommen zum **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/918**. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU- und FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Entschließungsantrag gegen die breite Mehrheit des Landtags **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Strommarkt liberalisieren – Stadtwerke als Stromerzeuger stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/867

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende SPD-Fraktion dem Kollegen Herrn Dr. Horstmann das Wort. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir uns gestern abermals mit den Ursachen und Konsequenzen des Stromversorgungsausfalls im Münsterland zu beschäftigen hatten, soll diese Plenarsitzung nicht verstreichen, ohne dass auch von guten Nachrichten aus der Versorgungswirtschaft die Rede ist. Diese gibt es auch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zu den positivsten Nachrichten, die zu vermelden sind, gehört sicherlich, dass im Erzeugungsssektor ganz wesentliche Investitionen bevorstehen, die sich schon während der Regierungszeit der alten Landesregierung auf weit über 5 Milliarden € errechnen ließen und nun – hoffentlich von einer

verlässlichen Energiepolitik auf Bundesebene flankiert – tatsächlich Platz greifen und realisiert werden sollen.

Zu den guten Nachrichten gehört aber auch, dass es sich insbesondere auch um kommunalwirtschaftliche Aktivitäten handelt, die den Kraftwerkspark in Nordrhein-Westfalen mit erneuern werden. 20 Stadtwerke wollen gemeinsam ein Steinkohlekraftwerk im Ruhrgebiet bauen. Sogar 27 kommunale Unternehmen wollen ein Gaskraftwerk in Hamm-Uentrop errichten. Dies ist eine in Art und Größe neue wirtschaftliche Betätigung kommunaler Unternehmen. Das begrüßen wir sehr. Es ist gut für Nordrhein-Westfalen, dass es diese Betätigung gibt.

(Beifall von der SPD)

Sie ist nicht nur deshalb für Nordrhein-Westfalen gut, weil das Investment milliardenschwer ist, sondern auch deshalb, weil es dazu beiträgt, den Wettbewerb in der Energiewirtschaft zu stärken, den wir brauchen.

Frau Ministerin Thoben, 106 Anträge liegen auch in diesem Herbst wieder in Bezug auf die Anhebung von Haushaltstarifen beim Strom vor. Ich habe gelesen, dass Sie sich bemühen, diese Preissteigerungen zu kappen, so gut es geht. Einem Viertel dieser Anträge soll jedenfalls in der beantragten Höhe nicht stattgegeben werden. Wir alle miteinander wissen aber auch, dass die staatliche Strompreisaufsicht allein überfordert ist, wenn es um faire Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher geht. Ohne Wettbewerb gibt es keine fairen Preise. Ich füge hinzu, was in der Energiewirtschaft gilt: Ohne Stadtwerke gibt es keinen funktionierenden Wettbewerb und keine fairen Preise.

(Beifall von der SPD)

Deshalb brauchen wir Bedingungen, die es den Stadtwerken ermöglichen, in diesem Wettbewerb zu bestehen. Der Wettbewerb zwischen Privaten und Stadtwerken ist seit der Liberalisierung der Märkte auch in der Energieversorgung längst möglich. Für die Stadtwerke gelten aber die Vorschriften des Gemeindefinanzrechts. Um dennoch Wettbewerbschancen für die kommunalen Unternehmen auf diesem liberalisierten Markt zu schaffen, wurde 1999 – noch mit anderen Mehrheiten in diesem Hause – das Gemeindefinanzrecht nach § 107 der Gemeindeordnung ausdrücklich geändert.

So ist beispielsweise die Forderung nach einem dringenden öffentlichen Zweck, der erfüllt sein muss, damit sich ein kommunales Unternehmen